

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 21.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 27. Mai 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Bezugs-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung.

(Eine Strichzeichnung.)

Die sozialistische Theorie behauptet, Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung müßten notwendiger Weise ein und dasselbe sein. Sie bestreitet die Existenzberechtigung jeder anderen Arbeiterbewegung neben der sozialdemokratischen Klassenbewegung und nennt sie aussichtslos. So u. a. die christliche Arbeiterbewegung, wie sie von unseren konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften repräsentiert wird. Und doch deckt sich der Begriff Arbeiterbewegung, auch dann, wenn wir sie rein wirtschaftlich und sozial nehmen, ganz und gar nicht mit dem Begriff Sozialdemokratie. Ein Blick auf die Arbeiterbewegung der verschiedensten Industrieländer beweist das zur Genüge.

Die klassischen Industrieländer selbst, England, Amerika, ja gerade sie, weisen neben einer geradezu jämmerlich schwachen Sozialdemokratie außerordentlich kräftige wirtschaftliche und teilweise politische Arbeiterbewegungen auf.

Das Warum tritt klar zutage, wenn wir das Wesen und die Aufgaben der Arbeiterbewegung herausheben und in Vergleich setzen zu dem, was sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt hat.

Was will eine Arbeiterbewegung gemeinhin?

Sie will den Lohnarbeiterstand unter Entwicklung seiner Eigenkräfte materiell, geistig, sittlich und sozial heben; alle Daseinsformen seiner Angehörigen verbessern und veredeln; dem Stand als Ganzen im Gesamtorganismus des Staates und der Gesellschaft die Stellung geben, die ihm als Mitträger speziell unserer technischen und wirtschaftlichen Kultur gebührt. Die Arbeiterbewegung will die Arbeit, die Handarbeit wieder zu Ehren bringen und mit ihr den Menschen, der im Konkurrenzkampf mit der Maschine und in dem Mechanismus des Betriebslebens mannigfache Beeinträchtigung erfährt. Die Arbeiterbewegung will in der öffentlichen Meinung das Bewußtsein für das schwere Risiko, das die Lohnarbeit trägt, wecken, vertiefen und erhalten. Und sie will, daß dieses Risiko, entsprechend gewertet, zum Ausdruck gelange in der Höhe des Arbeitslohns, in der Art der Arbeitsbedingungen, der Behandlung usw. So weit in Kürze die Aufgaben des Sachwalters der Lohnarbeiterschaft, der Arbeiterbewegung.

Was will die Sozialdemokratie dem gegenüber?

Sie will den Lohnarbeiterstand nicht bloß „bessergestellt“, sie will ihn „befreien“, wie sie sagt. Und das, indem sie die heutige Gesellschaftsordnung in ihren Grundlagen verneint, die Notwendigkeit einer sozialistischen Ordnung als das Werk der Arbeiterklasse lehrt, und bemüht darauf hinarbeitet.

Auf der einen Seite also: Gegenwartsziele und Gegenwartsarbeit auf der Grundlage geschichtlich gewordener, wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse — auf der anderen Seite: Verzweiflung am Erfolg solcher Bestrebung, sozialistisches Zukunftsziel.

Welche Bewegung ist nun auf dem richtigen Weg? Am Beispiele der Sozialdemokratie läßt sich nachweisen, daß sie es nicht ist.

Die Sozialdemokratie erfüllt den Arbeiter nicht bloß mit den erhebenden Gefühlen der Zusammengehörigkeit als Klasse neben anderen, gleichberechtigten Klassen im Staate; sie bringt ihm den falschen Gedanken nahe, allein wert und mächtig zu sein. „Alle Häder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Sie lehrt ihn, den Kampf gegen alle anderen Klassen, die angeblich seinem Glück im Wege stehen sollen, bis zur Vernichtung führen. Sie lehrt Todfeindschaft dem Besitz, um des Besitzes

willen; dem kapitalistischen Unternehmer, als dem „geborenen Ausbeuter der Arbeiter“; dem Staat und der Regierung als „Werkzeugen der Ausbeuter“; den bürgerlichen Parteien, überhaupt jedem gegenüber, der nicht zum sozialistischen Evangelium schwört. Jeder Nichtsozialist muß in den Augen des sozialistischen Proletariats als „geborener Feind der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung“ erscheinen. Mißtrauen und Haß gegen alle Andersinteressierten und Andersdenkenden werden zur proletarischen Tugend gestempelt.

Damit trägt die Sozialdemokratie zweifellos zu einer unnötigen Verschärfung vorhandener Interessengegensätze bei. Daß Gegensätze vorhanden sind, beispielsweise zwischen Arbeiter und Unternehmer, ist unleugbar; die Frage ist nur die, wie weit und wie tief sie gehen. Zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden aller Art bestehen zweifellos Verschärfungen in der Denkweise und in der Felsrichtung; die Arbeiterbewegung stößt auf Einsichtslosigkeit und auf positiven Widerstand, alles zugegeben. Die sozialistische Theorie aber hält diese Schwierigkeiten als „absolute und unabänderliche Ergebnisse kapitalistischer Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaft“. Nach ihr müßten die vorhandenen Gegensätze sich in steigendem Maße verschärfen bis zur Unerträglichkeit. „Unausgleichbar“ und „unüberbrückbar“ heißt es im sozialistischen Katechismus. Und diese Behauptung ist eben falsch, stimmt mit den Tatsachen nicht überein.

Die tatsächliche Entwicklung

unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse hat den Beweis erbracht, daß Karl Marx damals, als er die Bibel der Arbeiterklasse verfaßt hat, einen gelegentlichen Zustand und vorübergehend vorhandene Tendenzen für alle Zukunft festgelegt hat, dogmatisiert hat. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat sich indes nicht in dem Sinne entwickelt, wie es in dem Marx'schen System prophezeit ist. Die Pyramide der Gesellschaftsschichten ist ganz und gar nicht auf dem Wege zur Form des Flaschenhalses: breiter Untergrund der Armen und Elenden, dünner Hals der Mittelschichten und dicker Kopf der Besitzenden. Die Arbeitermassen sind nicht auf dem Wege der Vereindung durch schlechtere Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, schwerere Arbeitslast, sondern umgekehrt. Die Kurve der wirtschaftlichen Krisen geht nicht abwärts zum Zusammenbruch, sondern aufwärts. Der Kapitalismus ist nicht daran, immer zügelloser zu werden; er ist gezügelt worden und hat selbst mitgeholfen an der Abschwächung seiner antisozialen Auswüchse. Die Arbeiterbewegung hat verständnisvolle Anerkennung und Förderung auch in bürgerlichen Kreisen gefunden. Eine bürgerliche Sozialreformbewegung hat längst Leben gewonnen; ohne sie wäre unsere Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung undenkbar. Außer staatliches und gesellschaftliches Leben ist — abgesehen von vorübergehenden Störungen durch die Existenz und das Wirken der Sozialdemokratie — unverkennbar auf dem Wege zu demokratischer Fortbildung. Überall sehen wir, daß Marx falsch gesehen. Aber sein System, das von der deutschen Sozialdemokratie wie von keiner anderen Sozialistenpartei aufgenommen und in Reinkultur erhalten worden ist, hat Tausenden und Abertausenden den Blick geblendet für das, was sich unter ihren Augen abspielt. Sie haben Augen und sehen nicht. Das Vertrauen auf Verbesserungsmöglichkeiten in der „bürgerlichen Gesellschaft“ ist durch die sozialistische Aufklärung untergraben worden.

Die Sozialdemokratie hat mit Bewußtsein die Arbeiterklasse dem staatlichen und gesellschaftlichen Leben entfremdet. Dadurch hat sie ihr tausend Gelegenheiten genommen, im Sinne der Ziele ihrer Bewegung erfolgreich zu wirken. Der konsequente Sozialdemokrat brüsst

sich damit, daß er nichts danach frage, wie sich andere Volksschichten und Gesellschaftskreise zu Arbeiterforderungen stellen.

Seine Theorie sagt ihm von vornherein, „sie sind unsere Feinde und können gar nichts anderes sein“. Also ist auf die bürgerliche Umwelt keinerlei Rücksicht zu nehmen. Rücksicht ist überhaupt ein Fremdwort im sozialistischen Wörterbuch.

Nun zeigt sich aber auf Schritt und Tritt, daß die Arbeiterbewegung zur Erreichung ihrer direkten und indirekten, individuellen und sozial-politischen Ziele die

Mithilfe anderer Bevölkerungskreise

braucht.

Auch die sozialistische Proletarierbewegung ist nicht weniger wie das ausschließliche Werk von Proletariern. Ganz im Gegenteil: Intellektuelle, Studierende bürgerlicher Herkunft haben sie geschaffen. Heute noch liegt das Uebergewicht der Führung in dieser angeblichen demokratischen Volksbewegung in den Händen von Studierten. Was die Masse vom Sozialismus weiß, das erfährt sie aus dem Munde der Rautschy, Mehring, Luxemburg, Parvus, Pannkoek durch die Vermittlung der Parteipresse und der Agitatoren. Die sozialdemokratische Proletarierpartei könnte keinen Tag ohne ihre Theoretiker bürgerlicher Herkunft existieren.

Es kann der Arbeiterbewegung z. B. nicht einleitet sein, wie sich die Unternehmerschaft insgesamt und ihnen nahestehende Gesellschaftskreise, wie sich die verschiedensten Standes- und Berufsschichten, die Schicht der Gebildeten, die Staatsregierungen und die politischen Parteien zu ihr stellen. Kein Arbeiterführer kann von der Berücksichtigung dieser Faktoren völlig absehen. Die Arbeitererschaft bildet nur einmal nicht die Volksmehrheit und kann aus dem Grunde schon nicht alles aus sich heraus. Auch die sozialistische Gewerkschaftsbewegung bedarf in vielen Fällen der Gunst der öffentlichen Meinung und muß sie auch, der Theorie entgegen, weidlich aus. Man denke an große Streiks und Ausperrungen. In solchen Fällen appellieren auch die „Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft“ an die Einsicht und Mithilfe nichtsozialistischer Kreise. Die parlamentarische Aktion der Arbeiterbewegung (Ausbau der Arbeiterfürsorge, des Arbeiterchutzes, des Arbeiterrechts) bedarf erst recht der Mithilfe bürgerlicher Parteien. Arbeiterbewegung und Gesellschaft stehen so in natürlicher Beziehung zu einander, in Wechselwirkung. Indem die sozialdemokratische Bewegung, theoretisch wenigstens, die Erkenntnis dieser Wahrheit verwarf, verzerrt sie sich, ja der Arbeiterbewegung überhaupt, bewußtmaßen wertvolle Mithilfe der Gesellschaft.

Die öffentliche Meinung in Deutschland

stand der Arbeiterbewegung zu gewissen Zeiten näher wie heute. Wenn wir hier Rückschlüsse zu verzeichnen haben, so haben wir es einzig und allein der Haltung der Sozialdemokratie zu verdanken. Ihr maßloses, lärmendes Wesen, ihre Unversöhnlichkeit und ihre Kampfpolitik sind nicht dazu angetan, der Arbeiterbewegung Sympathien zu gewinnen. Auch ihr terroristisches Gebahren gegenüber politisch, religiös und gewerkschaftlich Andersgesinnten, wie denken an den Terrorismus einzelner wie an den ganzer Organisationen (Monopolbestrebungen auf tariflichem Gebiete durch sozialistische Verbände, Gefinnungsdruck bei Wahlen durch die Partei) tragen mit dazu bei, die idealen Ziele der Arbeiterbewegung im Angesichte der öffentlichen Meinung zu diskreditieren. Bis jetzt ist keine Aussicht vorhanden, daß sich hierin eine Aenderung vollzieht.

Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat sich im Laufe der Zeit unter allen anderen sozialistischen Parteien als diejenige erwiesen, die am wenigsten aus dem Leben zu lernen bereit ist. Sie stand von allem Anfang an bis auf den heutigsten Tag unter der Herrschaft radikaler Wortführer. Ihr oberflächlicher Radikalismus und ihre rein agitatorisch orientierte Politik mögen mit dazu beigetragen haben.

sie zu der „großen Partei“ zu machen, zu der Partei, die die meisten Stimmen zählt, die meisten Wähler auf sich vereinigt, die stärkste Organisationsziffer hat. Mein, was ist praktisch damit für die Arbeiterfrage gewonnen worden? Der Einfluß der großen Massenpartei ist unverhältnismäßig klein geblieben, ist gleich Null. Die wirtschaftspolitischen, staatspolitischen und sozialpolitischen Fragen werden und müssen ohne die Sozialdemokratie erledigt werden, da sie ja zur positiven Mitarbeit an den Staatsaufgaben nicht zu haben ist. Vergebens bemüht sich der Revisionismus, die Partei von diesem toten Punkte wegzubringen.

So wird ein großer Aufwand von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei immer wieder umsonst veran.

Die Stimmen von Millionen verhallen ungehört,

haben kein Gewicht, weil sie nach der falschen Richtung hingelenkt werden; ihr Protest wird zur lächerlichen Gebärde.

Es wäre schlimm für die deutsche Arbeiterfrage, wenn Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung ein und dasselbe wären. Nein, wir brauchen gerade in Deutschland eine wirkliche Arbeiterbewegung, die absolut unabhängig ist von der revolutionären Klassenkampf- und Sozialdemokratie; eine Bewegung von Arbeitern, die nicht auf eine sozialphilosophische Theorie wie die marxistische eingeschworen sind; eine Bewegung, die zwar ihr Ziel hoch steckt, tiefgehende idealistische Kräfte entfaltet und doch, dem klugen Geschäftsmann gleich, nüchtern und klar mit gegebenen Tatsachen rechnet; dabei den Mut hat und die Geduld, bessernd die heutigen Verhältnisse zu beeinflussen.

Das ist ein Teil des Arbeitsprogramms unserer christlichen Arbeiterbewegung.

Die Abrechnung mit den Genossen im Reichstage.

Die unstrittigen Punkte der Versicherungsordnung hat der Reichstag in der vergangenen Woche nach einem heißen Redegefecht mit der sozialdemokratischen Fraktion glücklich unter Dach und Fach gebracht. Es handelte sich um die Bestimmungen bei der Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes und der Beamten der Krankenkassen, die der schamlosen sozialdemokratischen Klüngelwirtschaft nach Möglichkeit einen Riegel vorzuschieben sollen. Die Verhandlungen gestalteten sich für die Genossen zu einer wichtigen Angelegenheit, die sie zwar zu parieren versuchten, aber um kein Häufchen zu entkräften vermochten.

Die Debatte setzte ein mit einer geschickt aufgebauten Anklagerede des konservativen Abgeordneten Grafen Westarp, der namentlich den bekannten Vorvertrag für sozialdemokratische Krankenkassenangeestellte von der juristischen Seite beleuchtete und dadurch dieses Muster eines schändlichen Vertrages erst recht in seiner ganzen Bedeutung offen legte.

Der Vertrag, auf Grund dessen in Deutschland weit über 1000 sozialdemokratische Krankenkassenbeamten angestellt sind, macht die Geltendmachung des Kündigungsrechts davon abhängig, daß 1. der Beamte sich gegen das Vermögen der Kasse einer strafrechtlich zu ahnenden Handlung schuldig macht, 2. daß er durch Straftat der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen ist. Diese Bestimmung hat zur Folge, daß eine Verurteilung wegen irgend eines gemeinen bürgerlichen Verbrechens zur Zuchthausstrafe der Kasse kein Kündigungsrecht gewährt. Ein Kündigungsrecht darf jeiner nicht ausgestellt werden, wenn der Angestellte dauernd außerstande kommt, seinen Dienstpflichten nachzukommen. Eine „zeitliche Behinderung“ wegen Untersuchungshaft, Verbannung einer Strafe usw. gewährt eine Kündigungsfrist nur dann, wenn die Dienstunfähigkeit bereits 6 Monate gedauert hat und der Grund derselben die Beförderung einer noch längeren Dauer oder einer aus derselben Ursache sich ergebenden Wiederholung rechtfertigt.

Weiter enthält der genannte Vertrag die Bestimmung, daß den Beamten vor dem Kündigt werden kann, wenn er bei Ausführung seiner ihm durch die erfolgte Anstellung obliegenden Dienstpflichten sich grober Pflichtverletzung wiederholt, d. h. nach mindestens zweimaliger, innerhalb dreier Jahre unter Entlassungsandrohung erfolgter schriftlicher Verwarnung, hat zu Schulden kommen lassen. Recht drastisch bezeichnet Graf Westarp diese Vertragsbestimmung:

„Der Beamte kann alle drei Jahre den Vorsitzenden verprügeln, er kann sich unwillig gegen weibliche Versicherte, die die Leistungen der Kasse in Anspruch nehmen, verzeihen, er kann alle drei Jahre zweimal die tollsten Pflichtverletzungen in der Ausübung seiner Dienstpflichten begehen, er kann alles liegen lassen, ihm unbecommene Mienen befehlen — alles dieses kann er alle drei Jahre zweimal wiederholen; er kann es noch öfter tun, er muß nur so vorsichtig sein, daß ihm nicht innerhalb der drei Jahre zweimalige Verwarnung und Entlassungsandrohung zuteil geworden ist, ohne daß ihm gekündigt werden darf.“

Dieser Vorvertrag schließt ferner ein Kündigungsrecht aus, wenn der Beamte wegen politischer und

religiöser Vergehen bestraft worden ist. Unter diese politischen und religiösen Vergehen fallen laut einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts:

Mord des Landesherrn, Mord auf den Landesherrn, Hochverrat und Landesverrat, jede Form der Majestätsbeleidigung, jede verbrecherische Beeinflussung der Wahlfreiheit, der Freiheit der Parlamente, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, die Gotteslästerung, die Beschimpfung der christlichen Kirche, Beschimpfung der Religion, die Störung des Gottesdienstes, die Behinderung an der freien Ausübung der Religion durch Zwang oder Gewalt. Es fallen ferner alle sonstigen Straftaten darunter, welche sich nach Absicht und Beweggrund mit Politik in Verbindung bringen lassen.

Auf Grund dieses schamlosen Vertrages, den das Oberverwaltungsgericht als unsittlich brandmarkte, hat sich die Sozialdemokratie rund 1500 Agitatoren in den Krankenkassen gesichert. Sie hat neue Verträge abgeschlossen, nachdem das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ergangen war. Und um die Schamlosigkeit voll zu machen, ist in 150 Münchener Verträgen noch der Zusatz gemacht worden, daß das Kündigungsrecht auch dann ausgeschlossen sei, wenn wegen der genannten Verbrechen die bürgerlichen Ehrenrechte ab-erkannt wurden.

In den Vordergrund schob der konservative Redner ferner die Bestrebungen des sich neutral nennenden, in Wirklichkeit aber sozialdemokratischen Verbandes der Bureauangestellten, sich in den Krankenkassen insofern eine Monopolstellung zu erringen, als er die Kassenbeamten auf den verschiedensten Wegen zu zwingen versteht, sich ihm anzuschließen. „In zynischer und frivoler Weise hat die Sozialdemokratie dokumentiert,“ schleuderte Westarp den Genossen ins Gesicht, „daß ihr Gesetz und Recht egal ist, wo es sich um ihr Parteiinteresse handelt.“ Die Genossen trümmten sich unter diesen wuchtigen Sieben, die sie dadurch zu parieren versuchten, daß sie den Redner durch allerlei höfliche Zwischenrufe unterbrachen, wofür sie sich eine ganze Reihe Ordnungsrufe einholten. Als ersten Redner, der die vielen Anklagen, die im Reichstage und draußen im Lande gegen sie erhoben worden sind, entkräften sollte, schickten die Sozialdemokraten ihren Genossen Eichhorn vor, dessen Rede sich mehr durch die Länge und die Kraft der Ausdrücke als durch den Inhalt bemerkbar machte. Er gab Mißstände zu, aber er suchte sie zu beschönigen und abzuschwächen und die Bestimmungen der Versicherungsordnung als ein veraltetes Sozialistengesetz zu brandmarken. Ihm antwortete in sehr geschickter Weise der Staatssekretär Dr. Delbrück, der zum erstenmale während der ganzen Verhandlungen des Versicherungsgesetzes in die Debatte eingriff. Er gab unter anderem die ausdrückliche Erklärung ab, daß es sich nicht um eine Beeinträchtigung der religiösen und politischen Bewegungsfreiheit der sozialdemokratischen Krankenkassenbeamten handeln solle, sondern nur darum, Mißständen für die Zukunft einen Riegel vorzuschieben und einen Mißbrauch der Beamtenstellung zu Gunsten oder zu Ungunsten irgend einer politischen oder religiösen Bewegung zu verhindern. Von den Krankenkassenbeamten solle nichts mehr verlangt werden, als was allzeit von allen staatlichen, kommunalen oder öffentlichen Beamten verlangt worden sei. Der Direktor im Reichsamt des Innern, Caspar, sprach in demselben Sinne und brachte zugleich noch Material zum Beweise dafür, daß tatsächlich viele sozialdemokratische Mißbräuche vorgekommen sind.

Mit durchschlagendem Material hatte der Abgeordnete Kollege Becker seine Rede versehen, die auf alle bürgerlichen Parteien großen Eindruck machte. Auf die Genossen hat sie so gewirkt, daß sie unsern Kollegen schon während seines Vortrages durch allerhand Zwischenrufe zu provozieren versuchten und ihn später durch den Abg. Hue in der niedrigsten Weise beschimpfen ließen. Kollege Becker stellte die Dinge zunächst mal wieder auf den richtigen Standpunkt, indem er in einigen kurzen Sätzen den materiellen Inhalt der neuen Krankenversicherung im Vergleich zur früheren zeichnete. Daraus ließe sich ersehen, „von welcher großen Bedeutung für die Versicherten die Beibehaltung der bisherigen Zweidrittelmajorität war bei den Festsetzungen der Leistungen in den Krankenkassen. Da ist doch wohl mehr als verwerflich, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in der Kommission erklären konnte, es wäre ihm lieber, daß die Halbierung durchgeführt würde, als diese Kommissionsbeschlüsse, die den Versicherten das Bestimmungsrecht über die Leistungen innerhalb des Beitragsmaximums im bisherigen Umfang belassen. Das muß den Schluß geben, daß den Genossen das Anstellungsrecht in den Krankenkassen, also die Möglichkeit, jeden beliebigen Sozialdemokraten zum Kassenbeamten zu machen, viel wichtiger ist als der Ausbau des Krankenkassenplans in bezug auf die Leistungen im Interesse der Versicherten. Demgegenüber hob Kollege Becker mit vollem Recht hervor, daß es den Versicherten selbst wesentlich darauf ankommt, daß sie das Recht behalten, in bisheriger Umfang über die Leistungen zu verfügen, und daß es für sie erst in zweiter Linie in Betracht kommt, ob Runz oder Klaus das Kassenbuch führt, ob Runz oder Klaus die Mitgliederliste führt, ob

Runz oder Klaus die Gelder an die Versicherten ausbezahlt. Für die Versicherten ist es die Hauptsache, daß Runz oder Klaus möglichst viel Krankengeld an die Versicherten ausbezahlen darf, daß den Versicherten in möglichst weitem Umfange die Hilfe gewährleistet wird.“

Zur Begründung des vorgesehenen Modus bei der Wahl des Vorsitzenden und der Beamten der Kasse präziserte der Redner zunächst seine und die Stellung seiner Freunde und der christlichen Arbeitererschaft überhaupt. Es sei nicht gesagt, daß die christlichen Arbeiter jede Einzelheit in der neuen Wahlbestimmung für besonders glücklich hielten. Aber „meine Freunde stimmten diesem Grundgedanken zu, weil sie überzeugt waren, daß ohne entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung des Mißbrauchs der Krankenkassen für die politischen Zwecke der Sozialdemokratie eine Versicherungsordnung nicht zustande kommen würde, daß die Regierung den Ausbau der Arbeiterversicherung nicht mehr betreiben würde, wenn diese Institutionen, die dem sozialen Frieden dienen sollen, auch weiterhin zur Schürung des Klassenkampfes benutzt werden könnten. Weil wir also wußten, daß ohne eine Zustimmung zu Maßnahmen gegen jene Mißbräuche keine Versicherungsordnung, keine Erweiterung der Arbeiterversicherung zustande kommen würde, haben wir dem Grundgedanken bezüglich der Anstellung der Beamten, wie ihn die Kommission beschlossen hat, zugestimmt. Aber, meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich mich etwa hinter diesen Einwand verschansen werde; wenn an sich diese itio in partes bei der Anstellung der Kassenbeamten unberechtigt wäre, also keine wirklichen Gründe dafür vorlägen, dann hätte man diesen Beschlüssen der Kommission nicht deswegen zustimmen dürfen, um eine Verbesserung der Arbeiterversicherung zu erwirken. Wir sind der Meinung, daß ein gesetzliches Eingreifen notwendig wurde, um die Krankenkasse zu neutralisieren, sie wieder vollständig dem Zwecke zuzuführen, der ihnen von der Gesetzgebung gegeben ist, nämlich der sozialen Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung zu dienen und somit zugleich zum Ausgleich der sozialen Gegensätze, für den sozialen Frieden, soweit er innerhalb der Menschheit sich schaffen läßt, zu wirken.“

Dann behandelte er den von den Genossen konstruierten „Umsfall“ der christlichen Arbeiterführer, den er dorthin wies, wohin er gehört — in das Land des sozialdemokratischen Schwindels. Wir übergehen diesen Teil der Rede Beeters, weil wir den „Umsfall der Christlichen“ an anderer Stelle in dieser Nummer besonders behandeln. — Die Mißstände, deren sich die Sozialdemokraten im Laufe der Jahre in den Krankenkassen schuldig gemacht haben, fasste er in fünf Gruppen zusammen, womit er das ganze System treffend zeichnete:

Erstens: Die Sozialdemokraten haben die Wahlen zur Generalversammlung und zum Vorstand der Krankenkassen zu politischen Wahlen gemacht, anstatt nur auf die Tüchtigkeit der zu wählenden Arbeiter zu sehen. Zweitens: Die Sozialdemokraten wählten die Kassenbeamten sehr oft nur nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, anstatt lediglich nach der Fähigkeit. Drittens: Die Sozialdemokraten sicherten in weitem Maße diesen Kassenbeamten durch unerhörte Anstellungsverträge ihre Stellung auf Lebenszeit. Viertens: Die sozialdemokratischen Kassenbeamten mißbrauchten ihr Amt sehr oft zur Werbung von Anhängern für die sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Fünftens: Die sozialdemokratischen Kassenvorstände und Kassenbeamten mißbrauchten ihr Amt sehr oft zu parteiischer Behandlung der Kassenmitglieder, indem sie nichtsozialdemokratische Kassenmitglieder ihre Nichtzugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften sehr empfindlich fühlen ließen.

Diese fünf Punkte bewies der Kollege nun im einzelnen, indem er sie mit einer Menge von Material belegte, das er zum Teil aus der sozialdemokratischen Presse selbst geschöpft hatte. Natürlich mußte er es unterlassen, bei den einzelnen Fällen „Mann und Pferd“ zu nennen, mit Rücksicht auf die Personen, die dann unzweifelhaft von den Genossen aus ihren Stellungen hinausgeekelt und terrorisiert würden. Die „rot“ geleitete Krankenkasse in Mannheim hat einen Prozeß gegen einen Dr. Müller, der eine Menge Material über die sozialdemokratische Klüngelwirtschaft gesammelt hat. Die sozialdemokratische „Mannheimer Volksstimme“ schrieb kürzlich, sie freue sich des Prozesses, denn jetzt würde auch der Gewährsmann des Dr. Müller bekannt werden. Solche offenen Terrorismusandrohungen zwingen unsere Kollegen, in der Anfänger von einzelnen Fällen sehr zurückhaltend zu sein. Die Genossen bekennen ja auch öffentlich, daß die Krankenkassen nur nach sozialistischen Grundsätzen geleitet werden dürfen. So schrieb die „Volksstämmliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ in Nr. 14 Jahrgang 1909, daß es gerade Aufgabe der Selbstverwaltung sei, nach sozialistischen Grundsätzen eine Kasse zu verwalten. Und die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ schrieb am 13. Nov. 1909 über die Wahl der Vertreter der Dresdener Ortskrankenkasse folgendes:

„Die Ortskrankenkassenwahl hat wieder einmal gezeigt, daß die Dresdener organisierte Arbeiterschaft auf dem Posten war, und daß hier nicht der Reigen der Quertreiber- und der Nachbarbeiterorganisationen blüht. Die Dresdener Arbeiterschaft steht auf gewerkschaftlichem Gebiete nur in den letzten

Gewerkschaften, auf politischem Gebiet nur in der Sozialdemokratie ihre Vertretung und beweist das auch bei allen Wahlen sozialpolitischer Natur.

Es ist weiter eine bekannte Tatsache, und wir erfahren es bei vielen Wahlen der Krankentassen, an denen christliche Arbeiter und auch die Strich-Dunderschen sich beteiligen, daß man unter allerhand Ausflüchten den christlichen Arbeitern die Möglichkeit nimmt, frühzeitig eine Abschrift der Wählerlisten der Krankentassen zu bekommen, während die sozialdemokratischen Wahlorganisationen feierlich über alles unterrichtet sind; die Sozialdemokraten können deshalb den Wahlkampf wohl vorbereiten und auf diese Art ihre Gegner zurückdrängen.

Wie es manchmal mit den Fähigkeiten der sozialdemokratischen Beamten aussieht, darüber brachte Kollege Becker zum Beweise einige Briefe, die ihm in „liebenswürdiger“ Absicht von sozialdemokratischen Angestellten wegen seiner Stellung zur Reichsversicherungsordnung zugesandt wurden. Die Genossenpresse selbst bekennt auch die mangelhafte Fähigkeit vieler Krankentassenbeamten. In dem Organ des sozialdemokratischen Krankentassenbeamtenverbandes, der „Vollständigen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ (Nr. 22 1906) findet man folgende Ausführungen des Sozialdemokraten Rudolf Weck aus Königsberg:

„Es ist eine traurige, aber unbestreitbare Tatsache, daß bei noch sehr vielen Kassenangehörigen hinsichtlich ihrer Kenntnisse der Arbeiterversicherungsgesetze eine große Unwissenheit besteht. Mancher ist schon jahrelang bei einer Krankentasse beschäftigt, ohne je in das Statut oder gar das Krankenversicherungsgesetz einen Blick hineingeworfen zu haben. Dabei handelt es sich leider nicht immer um solche Angestellte, die lediglich mit schematischen Arbeiten beschäftigt werden.“

So saufen die Hiebe des Kollegen Becker hagelnd auf die Genossen nieder. Schlagend widerlegte er auch deren Märchen, daß auch den christlichen Gewerkschaften nahestehende Personen Verträge als Krankentassenbeamten hätten, die den hier gerügten gleich wären. Becker wies den Genossen nach, daß das nichts anderes als unwahre Behauptungen seien. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Ich sage Ihnen offen, Sie dürfen sich darauf verlassen: die Hoffnungen, die Sie hegen, werden enttäuscht werden; die Hoffnungen, daß die Zustimmung der christlichen Arbeiterabgeordneten zu der getroffenen Regelung der Anstellung der Beamten in Krankentassen eine Flucht der christlichen Arbeiter in großem Maßstab nach sich ziehen werde, werden sich nicht erfüllen. Ich verrate Ihnen noch, daß nach meiner Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen die christlichen Gewerkschaften allein im ersten Quartal dieses Jahres über 20 000 Mitglieder zugenommen haben, und sie werden weiter zunehmen, weil für uns ist die Freiheit, weil für uns ist das Recht.“ (Stürmischer Beifall in der Mitte und rechts.)

Daß die Wahlbestimmungen mit allen gegen die Stimmen der Genossen, der Polen und eines Teiles der Freisinnigen, also fast von allen bürgerlichen Parteien, zur Annahme gelangten, haben wir schon in der vorigen Woche mitgeteilt.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

I.

Im April 1909 legten die verbündeten Regierungen dem Bundesrat einen Gesetzentwurf betreffend die Reform unserer Sozialversicherung vor; dieser gelangte am 12. März 1910 an den Reichstag. Nach mehr als einjähriger Beratungen in der 16. Kommission und im Plenum ist das große, fast 2000 Paragraphen umfassende Werk zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es kann deshalb eine zusammenfassende Darstellung des Gesetzes hier gegeben werden.

Das Gesetz umfasst 6 Bücher. Das erste Buch enthält gemeinsame Vorschriften über die Organisation der Versicherungsträger und der Behörden. Gegenüber dem von uns wiederholt besprochenen Regierungsentwurf nahm der Reichstag einige Änderungen vor, dabei zumeist den Vorschlägen seiner Kommission folgend. Als Verbesserungen sind anzusehen: die Einführung der Verhältniswahlen für alle bei der Sozialversicherung vorzunehmenden Wahlen; eine Verbesserung des Wahlverfahrens in der Art, daß, anstelle der Vorstände, die Vorstandsmitglieder der Krankentassen die Versicherungsvertreter zum Versicherungsamt wählen. Die Vorstandsmitglieder der Knappschafts- und Ersatzkassen nehmen an diesen Wahlen teil. Ferner wurde eine bessere Sicherung der Vertreter im Arbeitsverhältnis erreicht. Durch Einführung einer Zwischenstufe wurden die Ortslohnbestimmungen zugunsten eines großen Teils der Arbeiter verbessert. Durch eine bessere Heranziehung der Bundesstaaten zur Tragung der Kosten der Versicherungsämter sind die Versicherungsträger wie die Versicherten entlastet worden.

Anderes ist es mit den

Versicherungsämtern.

Die Vorlage hatte mehr selbständige Ämter im Auge, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze; sie fanden keine Mehrheit, weil ein Auswachsen dieser Ämter befürchtet wurde, wie auch erhebliche Mehrkosten. Anstelle selbständiger Ämter wird nun bei jeder unteren Verwaltungsbehörde eine Abteilung für Arbeiterversicherung gebildet. Eine solche Abteilung heißt Versicherungsamt. Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt. Es kommen in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann, die Bürgermeister der Städte.

Beim Versicherungsamt werden beteiligt Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl, mindestens 12. Das Amt eines solchen Vertreters ist ein Ehrenamt; doch werden die Vorauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben des Versicherungsamtes sind: Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der Knappschaftlichen Versicherung übertragen.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind: 1. Allgemeine. 2. Aufgaben für alle Zweige: Leitung der Arbeit der Versicherungsvertreter; Anordnung betreffend Wohnortstrafen; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Ersatzansprüchen und anderen Spruchfällen.

3. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Bestätigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Roh- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Strafsachen.

4. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei der Bescheiderteilung; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren; Verteidigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

5. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnisse in Strafsachen; Vorbereitung des Bescheides.

Das Versicherungsamt soll, wie schon betont, in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Oberversicherungsämter bilden die höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Sie sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde vorgelesen und treten mit einem Teile ihrer Aufgaben an die Stelle der gegenwärtigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Endlich soll das jetzige Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde übernommen, aber durch die Landesversicherungsämter für einen großen Teil der Versicherungsfälle ersetzt werden.

Zum Versicherungsamt sind als Beisitzer Versicherungsvertreter

hinzuziehen. Sie werden je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten entnommen. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankentassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen weiter teil die Vorstandsmitglieder der Knappschaftskassen und der Ersatzkassen und die der außerhalb des Bezirkes seßhaften Kassen, sofern diese 50 Mitglieder im Bezirk haben. Die Wahl geschieht schriftlich nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung. Die Wahlordnung kann die Stimmentgabe auf Vorschlagslisten beschränken. Der Versuch, die direkten Wahlen einzuführen, mißlang. Ein diesbezüglicher Antrag wurde mit 193 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Die Regierung leistete starken Widerstand. Es wurde namentlich betont, daß die direkte Wahl der Vertreter keine Garantien dafür biete, daß alle Richtungen zu einer Vertretung kämen. Wähler sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder dort beschäftigt sind. Frauen können zwar bei den Versicherungsträgern wählen und gewählt werden; gegen ihre Wahl zu den Versicherungsämtern wurde regierungsseitig Einspruch erhoben. Diesen Ämtern seien richterliche Funktionen übertragen; nach den bestehenden Gesetzen könnten aber solche von Frauen nicht ausgeübt werden.

Zum Reichsversicherungsamt sind, wie zu den Versicherungsämtern und zu den Oberversicherungsämtern, ebenfalls Versicherungsvertreter zu wählen. Durch Reichstagsbeschluss wird ausdrücklich ausgesprochen, daß auch diese nach dem System der Verhältniswahl zu wählen sind. Die Vorschriften über das Wahlrecht und das Wahlverfahren bei der Wahl der Versicherungsvertreter werden noch besonders und im Zusammenhang zu behandeln sein; in Rücksicht auf den Raum und darauf, daß vorerst ein Ueberblick über das ganze Gesetz gegeben werden soll, muß jetzt davon Abstand genommen werden.

Im ersten Buche ist dann noch eine andere wichtige Frage geregelt, die über die Festsetzung des

Ortslohnes.

Bisher bildete der „ortsübliche Tagelohn“ den Maßstab für die Beiträge und die Leistungen. Je höher der Ortslohn festgesetzt ist, je höher sind die Leistungen aus allen Versicherungsarten. Der Ortslohn wurde früher von den oberen Verwaltungsbehörden festgesetzt. Nunmehr geschieht das durch das Oberversicherungsamt, bei dem auch Arbeitervertreter beteiligt sind. Diese können also ihren Einfluß geltend machen und auf die Höhe des Ortslohnes mitbestimmend einwirken. Gegenüber dem bisherigen Recht ist das eine bedeutende Verbesserung. Auch die Krankentassen müssen vor Festsetzung des Ortslohnes künftig gehört werden.

Eine Uebersicht über die Bestimmungen des zweiten Buches, Krankenversicherung, folgt in nächster Nummer.

Warum hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Interesse am Erstarken des Gutenbergbundes?

Der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, hat in 18 Artikeln einmal gründlich mit dem „freien“ Buchdruckerverband abgerechnet. Besonders wurde an der Hand von zahlreichen Vorgängen nachgewiesen, daß der Buchdruckerverband sozialdemokratisch ist und sein Organ, der „Korrespondent“, in sozialistischem Sinne redigiert wird. Weiterhin wurde dargelegt, daß im Verband für die nichtsozialistischen Buchdrucker keine Meinungsfreiheit besteht und an mehreren Beispielen der Terrorismus im Verband geschildert. Die Hiebe saßen. Bis heute hat der „Korrespondent“ noch kein Wort der Ermüdung gefunden. Er möchte die angeführten Tatsachen am liebsten totschweigen.

Der Schlussartikel beweist die Existenzberechtigung des Gutenbergbundes und beantwortet die Frage: Warum hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Interesse am Erstarken des Gutenbergbundes. Da dieser Artikel auch unsere Leser interessieren dürfte, bringen wir ihn nachfolgend teilweise zum Abdruck.

Je stärker der sozialdemokratische Buchdruckerverband wird, umso mehr steigt sein Machtdünkel, um so rücksichtsloser macht er auch von seiner Macht Gebrauch. Das haben einzelne Druckereien schon zur Genüge zu spüren bekommen. Der Uebermut der Verbändler ist so groß geworden, daß sie sich schon als die Herren zahlreicher Druckereien wähnen. Der Presse, die nicht nach der sozialdemokratischen Pfeife dieses Verbandes tanzen mag, wird mit allerlei dunklen Andeutungen gedroht. Als Ende vorigen Jahres einige Zentrumsblätter es wagten, etwas über die „Neutralität“ des Verbandes zu schreiben, da hauchte der „Korrespondent“ (Nr. 150 31. Dez. 1910) die Zentrumspresse wie folgt an:

„Wir raten dem Teile der Zentrums- presse, der seine Auffassung von der Neutralität der Gewerkschaften nicht besser als durch seine skrupellose Propaganda für den Gutenbergbund betätigen zu können glaubt, dringend, die Hände davon zu lassen. Die Buchdrucker verstehen wenig Spaß, wenn sie sehen, daß sie zum Sturmböck für irgendeine politische Partei gemacht werden sollen. Ihr Empfinden ist viel zu gesund und ihre Erfahrung zu groß, als daß sie dahinter nicht sofort den Pferdeschweif sehen würden. Wer es wagt, den Feuerbrand zwischen sie zu werfen, sehe sich ja vor, daß er nicht selbst dabei zu brennen beginnt!“

Also eine glatte Drohung, geboren aus dem Machtdünkel des Verbandes. Der „Korrespondent“ hat im Jahre 1904 schon einmal bei der Empfehlung des Generalstreiks das Wort Mirabeaus zitiert: „Hütet euch, reißt nicht dieses Volk, das alles hervorbringt und das, um fürchterlich zu sein, nur unbeweglich zu sein braucht.“

Die Verbändler scheuen sich nicht, zu versuchen, Druckereien, die für den Gutenbergbund einzutreten wagen oder sich aus anderen Gründen die Gunst der Herren versichert haben, zugrunde zu richten. Im Organ des Verbandes wurde z. B. die Forderung erhoben, die Mitglieder sollten nicht in „offiziellen reaktionären, auf Verteuerung der Lebensmittel hinarbeitenden Zeitungen tätig sein.“ „Geser und Drucker dürfen nicht zur Verbreitung des gedruckten Wortes“ zu haben sein. Und in Nr. 26 d. J. schrieb noch der „Korrespondent“:

„Es muß zu erreichen sein, daß ein auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehender Zeitungsverleger die Spalten seines Blattes den Desperados im Gewerbe verschließt und seiner Redaktion ein für allemal die Weisung erteilt, Zusendungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen.“

Wir haben diese Dinge vorausgeschickt, weil die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter-, Jugend-, Gesellenvereine usw. vielfach ihre Arbeiten in Druckereien herstellen lassen, in denen hauptsächlich Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Und wie man verlangt, die Redaktion anzumeisen, Zusendungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen, so würde man bald verlangen, nichts mehr von den christlichen Gewerkschaften aufzunehmen — sonst... Die Redakteure unserer christlichen Bruderorgane könnten Hände schreiben über die Druckfehler, die sich oft „zufällig“ in ihre Artikel einschleichen. Sie könnten reden von dem Verfahren beim Druck von Flugblättern u. Es ist vorzuziehen, daß sich Vertrauenspersonen neben die Maschine postieren müßten, damit nicht in der Maschine noch sinnentstellende Fehler in den Satz „hineinkorrigiert“ wurden. Schwierig ist es immer, Arbeiten herzustellen zu lassen, die geheim gehalten werden sollen. Der Verbandsvorsitzende Döbblin erklärte soeben auf der 7. Generalversammlung in Hannover: „Die Gehilfenorganisation muß durch ihr Verhalten dafür sorgen, daß die Prinzipale ein gewisses Vertrauen zu ihnen haben, da doch streng vertrauliche Sachen zu ihrer Kenntnis kommen.“ Haben sie auch die vertraulichen Sachen immer als solche behandelt?

Zu wiederholten Malen hat „ein günstiger Wind“ den sozialdemokratischen Partei- und Arbeitersekretären Abschriften und Abzüge von Manuskripten zugeweht, die die Aktion der christlich-nationalen Arbeiter aufs schwerste zu schädigen, ja zu durchkreuzen geeignet waren. Wir denken an die Gewerbegerichtswahlen zu Mühlheim-Ruhr im Oktober 1907. Da haben die Sozialdemokraten eine Antwort auf das christlichseits verfaßte Flugblatt zu geben vermocht, noch ehe dieses Flugblatt überhaupt erschienen war. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Eiberfeld 1909 wurde das sozialdemokratische Parteiorgan, die „Freie Presse“, in die Lage

berst, den Wortlaut eines Flugblattes abdrucken zu können, ebenfalls bevor es publiziert war. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Presfeld Ende 1908 haben die Sozialdemokraten in einem Flugblatt gegen eine Erklärung protestiert, die nur zwei Stunden in der Druckerei des „Generalanzeigers“ gelegen und niemals gedruckt worden war.

In Nr. 26 vom 5. März 1908 schildert der Korrespondent selbst einen ähnlichen Fall. Ein Verbandsmitglied hatte sich einen Druckabzug angeeignet von einer Petition, die in einer Druckerei in Klauen i. B. gedruckt wurde, und den Inhalt frühzeitig für eine Zeitung am Orte verwertet. Die Petition sollte ausdrücklich geheim gehalten werden. Der Verbandsmitglied wurde entlassen und wegen Unterschlagung zu 5 M. Geldstrafe und Erlegung der Kosten verurteilt. Außerdem wurde ihm die Konditionslosenunterstützung entzogen. Dem Artikelschreiber ist das verwunderlich. Er hätte lieber gesehen, wenn dem Verbandsmitglied kein Haar gekrümmt worden wäre.

Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Verbandsmitglieder mit Notizen über christliche Gewerkschaften z. B. zum Redakteur gingen, um ihn „aufzuklären“, daß dies oder jenes nicht stimme. Neulich erst weigerte sich ein Verbandsmitglied in einer Druckerei Recklinghausens, den Jahresbericht des Gutenbergbundes zu lesen. Das Manuskript sei „verloren“ gegangen. Nachdem er aufgefordert wurde: entweder oder — hat er es schließlich am nächsten Tage doch gelesen. „Brotmoral“?

Wie es Verbandsmitglieder vielfach machen, wenn Gutenbergbündler eingestellt werden, haben wir nachgewiesen. Parole: entweder der Bündler wird entlassen, oder wir stellen die Arbeit ein.

Wenn es so weiter geht und der Verband die Alleinhererschaft hat, dann kommen wir zu ähnlichen Verhältnissen, wie in Oesterreich. Die Frankfurter Zeitung berichtete unter dem 3. Februar 1908 aus Wien folgenden Fall: „Der Vertrag der Wiener Zeitungsgesellschaft verbietet dem Personal, nach 3 Uhr vormittags noch ein Manuskript zu legen. Nun traf hier die Nachricht von Don Carlos Ermordung um Punkt 3 Uhr nachts ein. Die Druckereileiter der Zeit und der Neuen Freien Presse setzten die Nachricht eigenhändig. Darauf erklärte das Maschinenpersonal der Neuen Freien Presse, die Arbeit sofort einzustellen, wenn die Notiz ins Blatt komme.“

Bei der Zeit hatte das Personal Einsehen, und so ist die Zeit die einzige österreichische Zeitung, die die Nachricht im Sonntagsblatt hatte. Der Druckereileiter der Neuen Freien Presse fuhr um 4 Uhr früh nach Weidling in die Wohnung des Gehilfenobmanns, erhielt aber nicht die erbetene Ermächtigung und mußte das Blatt mit den alten Platten drucken, also ohne die Bombe, wobei noch einige Postzüge nicht erreicht wurden. Nun kam aber noch ein Nachspiel. Heute früh trat die Seher der Zeit in den Streik zur Strafe für die Mißachtung des Tarifs. Um 1 Uhr wurde noch mit ihnen verhandelt, ob das Abendblatt erscheinen oder nicht. Und das Schöne: die Blätter dürfen von alledem nichts berichten, denn kein Seher würde eine diesbezügliche Notiz setzen.“

Das war vor drei Jahren. Und daß es heute noch nicht besser geworden ist, beweist ein ähnlicher Fall, über den die Buchdruckerverh. Nr. 9 (1. Mai 1911) berichtet. Im Sarajevoer Tageblatt haben die Seher die Arbeit verweigert, weil sie nicht die über den Tarif hinausgehende Feuerzuzulage erhielten. Die Seher haben so langsam gesetzt, daß die Zeitung nicht fertig wurde und gerade das aktuelle Material unerledigt gelassen. Die Forderung, eine Notiz zu setzen, in der dem Publikum der Grund des verringerten Umfangs des Blattes mitgeteilt wird, wurde seitens der Seher nicht erfüllt. Das Sarajevoer Tageblatt fährt nach Schilderung des Falles fort: „Ähnlich wie uns erging es überdies auch den anderen Buchdruckereien. In einer Druckerei wurde sogar, wie es scheint, böswillig Brand gelegt, in anderen Betrieben auf verschiedene Arten Schaden gemacht.“ In Oesterreich ist die sozialdemokratische Organisation Alleinherrscher.

Wenn erst dem Verband der Kammer noch mehr schwillt, kann man sich auf allerlei gefaßt machen. Bei der Besprechung des Jahresberichts (Nr. 44, 1911) meinte der Korrespondent großsprecherisch: „Der Verband ist der Pol, um den sich alles dreht.“ Gerade so großsprecherisch wie 1907, als er schrieb (Nr. 113): „Man soll erfahren, was es heißt, gegen eine Arbeitervereinigung von Beltraf den Kampf aufzunehmen.“

Damals hat der Gutenbergbund in Gemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften den Kampf aufgenommen — es handelte sich um den Abschluß des Monopolvertrages — und zwar mit Erfolg.

Der Verband soll sehen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Aus den kurz angeführten Beispielen werden die christlich-nationalen Arbeiter zur Genüge erkennen, daß sie ein Interesse daran haben, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband nicht zur Alleinherrschaft kommt, sondern daß die Organisation der Buchdrucker, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegeschlossen ist, weiter erblüht, und das ist der Gutenbergbund.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der „schmäbliche Unfall“ der „Christlichen“. In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse übt sich ein „roter“ Biterich in seiner verdächtigen Kunst. Er schreibt aus den Verhandlungen des Kölner christlichen Gewerkschaftskongresses über die Versicherungsordnung einige Zeile ab, um seinen Lesern einen „schmäblchen Unfall der christlichen Arbeiterabgeordneten und der christlichen Gewerkschaften“ zu „beweisen“. Natürlich schreibt der Schwindelmeier nur so weit ab, als es in seinen Pram hineinpaßt, um die gläubigen Leser der „roten“ Presse irrezuführen und die „Christlichen“ als „elende Schurken“, „gesinnungslose und pflichtvergeßene Elemente“ zu verächtigen.

Ja, es ist ein dreiste Vergewaltigung der Wahrheit, eine plumpe Verdrehung des Sachverhalts und eine gemeine Fälschung der öffentlichen Meinung, was die Genossenpresse da treibt. Sie unterschlägt in ihren Zitaten einfach diejenigen Sätze, die die Absichten des Kongresses wirklich ganz zum Ausdruck bringen. Wohl hat der Kongreß scharf Stellung genommen gegen die in dem Entwurfe vorgesehene Halbierung der Beiträge, und es ist nicht in letzter Linie diesem Kongreß und den christlichen Arbeiterabgeordneten zu verdanken, wenn die Halbierung fallen gelassen worden ist. Die Zweidrittelmajorität der Arbeiter ist erhalten geblieben in allen Fragen der materiellen Leistungen innerhalb der Krankenversicherung. Und das ist bei der ganzen Arbeiterfürsorge und Ausgestaltung der Krankenkassen doch wohl die Hauptsache und der Kern der ganzen Frage. Und darin sind die christlichen Gewerkschaften konsequent geblieben, haben von dem auf dem Kölner Kongreß präzipierten Standpunkt nichts preisgegeben.

Es ist aber auf dem Kölner Kongreß auch nicht in Abrede gestellt worden, daß sozialdemokratische Mißbräuche vorgekommen seien, und nirgends und von keinem Redner ist gesagt worden, daß man die Dinge einfach so weiter laufen lassen sollte. Im Gegenteil, als Kollege Becker, der Referent in dieser Frage, zur Beilegung der sozialdemokratischen Mängelwirtschaft das Verhältniswahlsystem vorschlug, sagte er auch u. a.

„Und sollte dieses Wahlrecht nicht ausreichen, um diese Mißstände zu unterbinden, dann gibt es noch einen anderen Weg; die Regierung hat ihn ja in ihrer Vorlage vorgezeichnet bei der Wahl des Vorstehers.“

Dieser sollte nämlich nur in getrennter Abstimmung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gewählt werden. Und in seiner Schlussrede führte Kollege Becker aus, nachdem er sich noch einmal scharf gegen die vorgesehene Halbierung der Beiträge ausgesprochen hatte:

„Wenn die Klassen dem politischen Streit entrückt werden sollen, so beschreite man andere Wege. Es ist schon gesagt worden, daß das, was man bekämpfen wolle, ein Mißbrauch der Klassen, sich auch auf andere Weise bekämpfen lasse, und die Versicherungsordnung selbst den Weg dazu biete. Es möge einfach kein Beamter mehr angestellt werden, der nicht in der inneren Verwaltung eine bestimmte Qualifikation aufweist, und dann möge man die Anstellung andererseits von der Zustimmung der Arbeitgeber abhängig machen. Genügt das nicht, um Sinecuren zu verhindern?“

Die Grundgedanken der Regelung, die die Versicherungsordnung jetzt vorsieht, um die sozialdemokratische Macht in den Krankenkassen zu brechen, sind also auf dem Kölner Kongreß bereits ausgesprochen worden. Selbstverständlich unterschlägt das die sozialdemokratische Presse, um den „Unfall“ der „Christen“ zu konstruieren. Wir sagen nicht, daß die Regelung, wie sie erfolgen soll, eine ideale Lösung der Frage ist. Aber die christlichen Arbeiter verdienen Prügel, wenn sie die Versicherungsordnung scheitern lassen wollten, weil manche Dinge den Genossen nicht gefallen, die diese mit ihrer Partei- und Gewerkschaftswirtschaft einzig und allein verschuldet haben.

Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter war im vergangenen Jahre mit 625 Mitgliedern an 87 Lohnbewegungen beteiligt. In 33 Fällen kam es zum Streik, in 8 Fällen zur Ausscherrung. Der Verband kam bei 41 Bewegungen allein in Frage, die übrigen wurden mit anderen Organisationen gemeinsam geführt. 17 Bewegungen endeten mit vollem und 59 mit teilweisem Erfolg. An den erzielten Lohn-erhöhungen nahmen 5826 Mitglieder teil. Davon erhielten pro Woche bis 1.20 M. 3771 Mitglieder, 1.21 bis 1.80 M. 1431 Mitglieder, 1.81 bis 2.40 M. 331 Mitglieder, 2.41 bis 3.— M. 206 Mitglieder, 3.— M. und mehr pro Woche 87 Mitglieder. Der Mehrverdienst beträgt pro Mitglied und Woche durchschnittlich 1.12 M. Der gesamte Mehrverdienst beträgt pro Woche 6550.94 M. und pro Jahr 340647.72 M.

Arbeitszeitverlängerung wurde für 1666 Mitglieder erreicht: bis 1 1/2 Stunden für 726 Mitglieder, 1 1/2 bis 3 Stunden für 522 Mitglieder, 3 bis 4 1/2 Stunden für 84 Mitglieder, 4 1/2 bis 6 Stunden für 322 Mitglieder, 6 Stunden und mehr pro Woche für 12 Mitglieder. Die erreichte Arbeitszeitverlängerung beträgt insgesamt pro Woche 4082 Stunden oder pro Jahr 264.282 Stunden. Außerdem wurden noch eine ganze Reihe anderer bedeutender Verbesserungen, wie Zuschlag für Überstunden, Nacht- und Sonntagarbeit, Bezahlung überschuldeter Veranlagte, Beihilfe zur Krankenunterstützung, Gewährung von Urlaub, Erstattung von Arbeiterauschüssen usw. geschaffen. Im Berichtsjahre wurden 25 Tarifverträge abgeschlossen, die sich auf 68 Betriebe mit 4699 Arbeitern erstrecken, von denen 1662 dem christlichen Verbände angehören. Am Schluß des Berichtsjahres war der Verband an zusammen 58 Tarifverträgen für 151 Betriebe mit 10283 Arbeitern beteiligt.

Ohne Kompromiß kein Gesetz. Kautsky, der sozialdemokratische Parteitheoretiker, der Güter und Wahren der sozialdemokratischen Grundsätze und Tradition, hat kürzlich in zweiter Auflage ein Buch herausgegeben über „Parlamentarismus und Demokratie“. Darin lesen wir auf Seite 78 folgenden vernünftigen Gedanken:

„... jedes Gesetz beruht auf einem Kompromiß meist verschiedener Interessen. Jeden Kompromiß verwerfen, heißt jede Gesetzgebung unmöglich machen. Das gilt nicht bloß von der parlamentarischen, sondern auch von der Gesetzgebung durch das Volk, wie das Beispiel der Schweiz beweist. In den Gesetzen, die durch Referendum oder Initiative zustande gekommen sind, waren mehrere Klassen oder Parteien beteiligt.“

In einem vorhergehenden Satz sagt Kautsky, daß selbst in ein und derselben Partei Meinungsverschiedenheiten austauschen über die Art und Weise, wie einem bestimmten Interesse entgegen zu werden soll.

Ist das kein löstliches Geständnis! Keine glatte Verurteilung der Alles- oder Nichtspolitik der deutschen Sozialdemokratie? Keine Zustimmung zu der Praxis, die die christlichen Arbeiter üben? Wer Gesetzgebung will, muß Kompromisse wagen, muß von seinen Meinungen und Forderungen etwas ablassen, muß Zugeständnisse machen. Das muß auch derjenige tun, der eine Arbeitergesetzgebung will. Man soll den Genossen dieses Urteil ihres Parteidogmatikers angesichts ihres Verhaltens bei der Reichsversicherungsordnung und ihres blöden Schimpfens auf die christlichen Arbeiterabgeordneten und die christlichen Arbeiterführer überhaupt kräftig um die Ohren schlagen.

Wohnungskultur der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Um den Arbeiter für eine zweckentsprechende Wohnungsrichtung und Wohnungsausstattung zu interessieren, hatte unlängst die Schreinerzinnung von M. Glabach eine besondere Ausstellung von billigen, guten und geschmackvollen Möbeln aus der Werkstatt des Handwerkers veranstaltet, die allseitig großes Interesse gefunden hat. Diese Ausstellung hat bereits Nachahmung gefunden. In Gelsenkirchen wurde am 6. Mai ebenfalls eine solche Arbeiterwohnungs-Ausstellung eröffnet. Die Veranstalter waren hier nicht das Handwerk, sondern die christlichen Arbeiterorganisationen.

Der leitende Grundgedanke bei den Wohnungseinrichtungen war der, den Nachweis zu liefern, daß es auch bei beschränkten Mitteln möglich ist, Wohnungseinrichtungen zu beschaffen, die in allen ihren Teilen einen harmonischen Gesamteindruck hervorgerufen. Bei der bisherigen Gepflogenheit, sich die einzelnen Gegenstände der Wohnungseinrichtung aus verschiedenen Geschäften zusammenzusuchen, ist es natürlich unentbehrlich, eine Uebereinstimmung der Formen und ihre Zusammenwirkung zu erzielen. Des weiteren sind die Entwürfe in dem Bestreben angefertigt worden, die Möbel nach den Zweckmäßigkeitsansprüchen herzustellen, die das tägliche Leben des Haushalts stellt. Der Entwerfer hat seine Stärke darin gesucht, durch Linienwirkungen, die in den einzelnen Möbelstücken wiederkehren, etwas Einfaches und doch ungemein Ansprechendes zu schaffen.

Es sind Wohnungen von zwei und drei Zimmern ausgestellt, die vollständig ausmöbliert und eingerichtet sind. Die Möbel sind von der Gelsenkirchener Schreinerzinnung, die übrigen Einrichtungsgegenstände, wie Oefen, Silber u., von andern örtlichen Firmen zur Verfügung gestellt worden. Die städtische Gasanstalt hat Heizungs- und Beleuchtungsanlagen ausgeführt, die praktisch erprobt werden können. Die Ausstellung ist in den Räumen des Gesellschaftshauses „Eintracht“ untergebracht und von vormittags 9 bis abends 9, Mittwochs und Sonntags bis abends 10 Uhr geöffnet. Zur Ergänzung der Beschäftigungen und Vertiefung in die Materie werden an 10 Tagen, abends 7 1/2 Uhr, Versammlungen mit Vorträgen abgehalten, in denen die Wohnungsfrage von den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt wird. Vorträge werden gehalten über:

„Das Arbeiterwohnungsproblem und seine Bedeutung in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung.“ Referent: Arbeitersekretär Sprenger. „Wert und Erwerb des Eigenhauses.“ Referent: Dr. Lindes-Düsseldorf. „Baugenossenschaften.“ Referent: Stadtverordneter Schmitz-Neub. „Wohnungshygiene und Pflege.“ Referentin: Fräulein Breuer-M. Glabach. „Die Arbeiterwohnung und Bodenreform.“ Referent: Stadtverordneter Gilling-Bochum. „Die Arbeiterwohnung im Stadtplan“ (mit Lichtbildern). Referent: Bauamt-Beauftragter. „Die Verwaltung des Gases im Haushalt.“ Referentin: Fräulein Wirth-Deffau. „Arbeiterbewegung und Arbeiterwohnung.“ Referent: Arbeitersekretär Sprenger. „Arbeiterhaushalt und Familienleben.“ Referentin: Fräulein Breuer-M. Glabach.

Die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine des Bezirks Gelsenkirchen haben sich mit der Ausstellung zweifellos ein Verdienst erworben. Wir haben ausführlicher an dieser Stelle über die Veranstaltung berichtet, weil sie anregend und vorbildlich für ähnliche Bestrebungen bezüglich der Wohnungsfrage wirken kann.

Wie sie die Volkerverbrüderung auffassen. Wir lesen in unserem Bruderorgan, der „Baugewerkschaft“: „Einen „Volkspolster“ gegen „Völkerberührung“ und für den „Völkerfrieden“ veranstaltet die Dortmunder Sozialdemokratie am 1. Mai. Aus allen Teilen des Rheinlandkreises waren die Reiseierenden herbeigeeilt, um an dem Protest teilzunehmen. Eine mehrtausendköpfige Versammlung unter freiem Himmel an der Hohentzburg vollzogene: An Stelle der heiligen Gesellschaftsordnung eine wahrhafte Gesellschaftsordnung, Ablösung des Kapitalismus durch den völkerverfreundlichen, weltverlöbenden Sozialismus.“

Willst Gutes und Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehret,
Kannst du dich erst zusammenraffen
Und darfst nicht scheuen der Arbeit Schwere.
Da hast kein Schwärmen bloß und Hönen,
Kein Träumen von künftiger Gekaltung;
Rein, ringen mußt du mit den Stoffen
Und hast sie zwingen zur Gestaltung.
Julius Hammer.

Wenn die Sozialdemokratie auf diese Botchaft schwebt, mag sie es tun, wir machen ihr dieses Recht nicht streitig, auch wenn wir nicht daran glauben, nicht daran glauben können. Aber soviel Toleranz besitzen wir.

Was aber geschah nach der Friedensdemonstration der Dortmunder Sozialdemokratie? Eine an Tausende Menschen zählende, von der Hobergsburg nach der Stadt zurückströmende Masse umzingelte einen an der Schützen- und Steberstraße liegenden Neubau und belästigte die daran Arbeitenden in unerhörter Weise. Rufe wie „schwarze Bande“, „ihr müßt Hals und Beine zerbrechen“, „ihr Hesse habt wohl nichts zu fressen“, „ihr Pfaffenknechte, ihr habt zu viel zu eurem Jesu gebetet, er ist schon ganz gelb davon geworden“ waren noch nicht das schlimmste. Spottchoräle wurden angestimmt über „Großer Gott, wir loben dich“, „Jesus meine Zuversicht“ und andere. Dann ging die Masse zu Tätlichkeiten über. Die vollgeladenen Steinbretter wurden umgekippt und ein Bombardement mit Kalk und Steinen auf die ruhig Arbeitenden eröffnet. Zwei Mitglieder unseres Verbandes wurden von Steinwürfen getroffen, ein 55jähriger Mörtelmacher erhielt einen Wurf mit einer Bierflasche in den Rücken. Da polizeiliche Hilfe nicht zu erlangen war, weil diese von der Hobergsburg nicht abkommen konnte, sah sich der Vorker gezwungen, die Arbeit einzustellen. Am fanatischsten gebärdeten sich die Weiber, die zahlreich vertreten waren.

Das waren die ersten „Früchte“ des Protestes für den „Völkerrfrieden“, der „wahrhaften Gesellschaftsordnung“ und des „welterlösenden Sozialismus“. Die Welt möchte ihr Antlitz wenden vor Scham. Wer allerdings die „Erziehungsbewegung“ der sozialdemokratischen Dortmunder Presse und der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung kennt, wundert sich darüber nicht mehr.

Wieder eine Stimme für die Reichsversicherungsordnung. In dem „Versicherungsboten“, der allgemein geschätzten Zeitschrift für Arbeiterversicherung, stellt Regierungsrat Düttmann die Frage, ob man das Scheitern oder das Zustandekommen des großen Gesetzgebungsaktes wünschenswert finde. Düttmann erfreut sich allgemein eines guten Rufes als Kenner des Versicherungswesens und als warmer Arbeiterfreund. Den christlichen Arbeitern ist er besonders näher getreten durch seine Teilnahme am Kölner Kongress, wo er auch in die Debatte eingriff. Er schreibt:

Vorab muß bemerkt werden, daß ein so großes Werk notwendig den Charakter des Kompromisses an sich trägt. Es kann kein Teil volle Befriedigung empfinden über die Gestalt, die es gewonnen hat. Die Regierung nicht weniger als die Parteien, die an der Ausgestaltung des Gesetzes gearbeitet haben, mußten auf die Durchbringung von Bestimmungen, auf die sie großes Gewicht legten, verzichten und nicht genehme Vorschriften passieren lassen, wenn sie eine Mehrheit für das ganze Gesetz schaffen wollten. Was Regierung und Reichstagsparteien sich gefallen lassen mußten, das können auch die Nachbeteiligten, die Versicherer und deren Arbeitgeber, und neben ihnen die gesamte Bevölkerung, die an der Einrichtung der Arbeiterversicherung in hohem Grade interessiert ist, nicht als unerträglich ablehnen.

Auch der Umstand, daß manche der aus dem bisherigen Rechte übernommenen oder neu geschaffenen Einrichtungen nicht so ausgebildet ist, wie das an sich wohl zu wünschenswert wäre, darf noch nicht zu einer Ablehnung des Gesetzentwurfs führen. Erinnern wir uns, welche Fortschritte seit dem Erlaß der ersten Gesetze in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gemacht sind, so darf damit gerechnet werden, daß Unvollkommenheiten, die jetzt noch hingenommen werden müssen, im Laufe der Jahre schwinden werden. Das gilt insbesondere von der Krankenversicherung in den Landkrankenkassen, deren Einrichtungen und Leistungen, was gegenüber gegenteiligen Behauptung nachdrücklich betont werden muß, doch immerhin weiter entwickelt sind als die der Gemeindekrankenversicherung im Gesetze von 1883. Die allgemeine Durchführung der Krankenversicherung auf dem Lande ist zweifellos mit großen Schwierigkeiten verbunden. Deshalb ist ein behutsames Vorgehen gewiß angezeigt.

Daß die Leistungen der Hinterbliebenenversicherung einstweilen in bescheidenen Grenzen bleiben, kann dem Fortschritt, daß es endlich zu einer Versorgung der Witwen und Waisen kommt, nicht seine große Bedeutung für den Arbeiterstand nehmen. Eine Reform der Invalidenversicherung, die deren Ausbau zu einer Einrichtung, welche auch für die im Wege der Zwangsversicherung zu befriedigenden Bedürfnisse der Privatangestellten ausreicht, ermöglicht haben würde, hätte gewiß erwartet werden dürfen. Aber die Forderung der Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfs wird man damit nicht begründen können und zwar auch dann nicht, wenn man sich überzeugt hat, daß eine solche Reform um so größeren Schwierigkeiten begegnet, je weiter sie hinausgeschoben wird.

Mag die neue Verteilung der Rechte zwischen den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Krankenkassen von der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeiter als unerträglich und nicht ganz mit Unrecht als ungünstiger bezeichnet werden als die Vorschläge im Regierungsentwurf, so darf doch der anderen Seite nicht verkannt werden, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der Arbeiter wie auch der Krankenkassenbeamten den Kommissionsbeschläüssen zustimmt und diese an dem Übergewicht der Rassenmitglieder, soweit es sich um die Ausführung des Gesetzes, insbesondere um die Beschlußfassung über Höhe, Art und Umfang der Rassenleistungen, also um die sachlich bedeutungsvollsten Fragen handelt, nichts ändern.

So wird denn ein zusammenfassendes Urteil über die Reichsversicherungsordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt dahin gehen müssen, daß sie trotz ihrer unzweifelhaft großen Mängel doch nach so vielen Richtungen hin eine Fortentwicklung der Arbeiterversicherung bringt oder andeutet, daß der, welcher praktische Politik treibt, die Annahme des Entwurfs wünschen muß. Ueber den berüchtigten „Berg von Scherben“ würde nur der sich freuen können, der in der Schürung der Unzufriedenheit seinen Vorteil erblickt.

Der Weibstuhlfabrikant darf nicht still stehen. Das Kinderschutzgesetz, welches bekanntlich die gewerbliche Tätigkeit der Schulkinder regelt, wird nur sehr mangelhaft durchgeführt. Zum Teil liegt es an der Unübersichtlichkeit des Gesetzes. Teilweise stehen die Behörden den Verhältnissen machtlos gegenüber. Einen krassen Fall bringt der Berichterstatter für den Bezirk Liegnitz im Bericht der preussischen Regierungs- und Gewerbebehörde für das Jahr 1910 zur Sprache.

Der Gewerbeinspektor von Ratibor traf in einer Weberfamilie acht Kinder an; Zwillinge standen in einem Bettchen und sahen dem klappernden Weibstuhl zu. Das Ganze machte trotz seiner Armut einen sauberen Eindruck. Auf die Vorhaltung: die Beschäftigung der Kinder am Weibstuhl vor dem Schulunterricht sei ein Unrecht gegen die Kinder und gesetzlich unzulässig, antwortete die Mutter: es sei noch ein viel größeres Unrecht, die Kinder hungrig und unsauber zur Schule zu schicken. Die Versorgung des karglichen Frühstücks, das Heben der schweren Töpfe und die Wartung der jüngsten Kinder könne sie nicht den älteren Kindern überlassen. Das Einkommen sei aber so gering, daß der mütterliche Weibstuhl nicht still stehen dürfe in der Zeit, wo die Mutter Hausarbeit verrichtet. Folglich müßten die älteren Kinder am Weibstuhl der Mutter arbeiten oder dem Vater helfen.

Dazu bemerkt der Berichterstatter: Gegenüber solchem Elend, das nicht vereinzelt da steht in der Webergegend, fühlt sich der Beamte machtlos. Er kann nur wünschen, daß den Gemeinden Mittel verfügbar seien, dem Elend zu steuern; er weiß aber leider auch, daß von den armen Gemeinden nennenswerte Unterstützung nicht gewährt werden können. — Wir sind anderer Meinung. Zunächst ist es Sache der beteiligten Industriellen usw., für die Arbeit auch ausreichenden Lohn zu zahlen. Sind diese aus irgend welchen berechtigten Gründen hierzu nicht in der Lage, muß der Staat eingreifen. Möglich ist's. Das beweist die Hilfsaktion für die notleidenden Winger. Und auch die Weber haben ein Recht auf diese Hilfe. Sie haben mitgewirkt an Königgrätz und Sedan.

In's richtige Licht gerückt. Das „Correspondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands hat kürzlich die Art und Weise der Polemik des „Textilarbeiters“ in das richtige Licht gerückt.

Der „Textilarbeiter“ gehört zu den getreuen Gesinnungsgenossen der „roten“ Radikalen und zu den eifrigen Nachbetern des „Vorwärts“. Wo es gilt, einen Revisionisten zur Strecke zu bringen, gehört er zu den lautesten Kläffern unter der Meute. Namentlich hat er eine Mut auf Calwer, wegen dessen revisionistischer Gesinnung und weil er es einmal wagte, den „Textilarbeiter“ wegen seiner tendenziösen und verdrachten Behandlung der Bilanzergebnisse einiger Textilaktiengesellschaften gehörig auf die Finger zu klopfen. Kürzlich legte der „Textilarbeiter“ wieder gegen Calwer los, holte sich dabei aber nicht nur eine gründliche Plamage, sondern auch eine schmachvolle Bloßstellung seiner schmutzigen Kampfmanner. In Nr. 16 brachte er einen Artikel unter der Ueberschrift: „Ein Lehrer der Gewerkschaftsschule bei der Verschleierung der Wirkung kapitalistischer Ausbeutung.“ Darin heißt es zum Schluß:

„Wir meinen aber, daß es nun auch die höchste Zeit ist, darauf zu dringen, daß auf gewerkschaftlicher Seite alle Verbindungen mit Herrn Calwer gelöst werden. ... Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird wohl nun das Weitere veranlassen.“

Welch unsaubere Rolle nun gerade der „Textilarbeiter“ in dieser Sache spielt, beleuchtet ein Artikel in Nr. 17 des „Correspondenzblatts der Generalkommission“. Dort heißt es, daß der „Textilarbeiter“ Zahlen von Calwer benutzt habe, ohne die Quelle anzugeben, ja, vielmehr unter der Behauptung, Calwer habe das genaue Gegenteil geschrieben! Das wird im einzelnen nachgewiesen und im Anschluß daran geschrieben:

„Unsere Leser sehen daraus, daß die tatsächlichen Angaben des „Textilarbeiter“ über die Geschäftsergebnisse ... Wort für Wort der „Konjunktur“ (einer Zeitschrift Calwers) entnommen sind, während gleichzeitig die Behauptung aufgestellt wird, der Lehrer an der Gewerkschaftsschule, Richard Calwer, habe dem Textilarbeiter kürzlich wieder den Liebesdienst erwiesen, die Rentabilitätsrate ungünstiger in Erscheinung treten zu lassen, wie sie in Wirklichkeit ist.“ Diese Feststellung der Tatsachen macht gegenüber den Angriffen des „Textilarbeiters“ weitere Ausführungen überflüssig.

Wir haben die Redaktion des „Textilarbeiters“ längst von dieser Seite kennen gelernt, es freut uns nur, daß wir unsere Ansicht von dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften bestätigt finden.

Die Belastung der Industrie durch den Arbeiterstand. Ein stehendes Kapitel in der Arbeitgeberpresse ist die Rede vom „Uebermaß“ der sozialen Lasten. Besondere Spezialisten sind tätig, den Arbeiterschutz abzuwürgen. Manche sozialfortschrittlich gelonnenen Regierungsbeamten brachten ihre „Heilkräuter“, serviert vom Zentralverband deutscher Industrieller, unter Dueds

„glorreicher“ Führung, vorzeitig in die — Pension. Gieret es ihnen aber nicht, einem Fortschritt auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes ein Bein zu stellen, wurde dieser Gesetz, dann ging ein Herensabbath los. Der Herentanz auf dem Broden in der Walpurgisnacht ist dagegen das reinste Frühlingskonzert.

Was war das ein Därm, als die neue Novelle zur Gewerbeordnung den Arbeiterinnen die 68stündige Arbeitswoche brachte. Die Industrie war, wenn nicht verloren, dann aber mindestens auf Jahre hinaus schwach. Ja, sagten sie, wenn Frankreich, Rußland, Italien (und dann zählten sie den ganzen Globus ab), auch mitmachen, dann könnten wir erwägen, ob u. s. w. Aber wie immer, ist es auch diesmal anders gekommen. Zum Beweise für unsere Ansicht können wir einen lebhaften Großindustriellen aus der Textilbranche ins Treffen führen. Im Jahresbericht für 1910 der preussischen Regierungs- und Gewerbebehörde wird aus dem Regierungsbezirk Potsdam berichtet:

„Ein Großindustrieller der Textilbranche, der sich dem Gewerbeinspektor gegenüber wiederholt über die große Belastung infolge des neuen Gesetzes beklagt hätte, mußte, aufgefordert, diese Belastung zahlenmäßig anzugeben, einräumen, daß sie nicht so erheblich gewesen wäre.“

Diesem gewiß unverdächtigen Zeugen, wird man nicht mit der „kühlen Handbewegung“ als Kathedersozialisten abtun können. Die Industrie ist also tragfähig genug für einen vernünftigen Arbeiterschutz.

Reichsreinigungsausschuss und Scharfmacher. Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Staatsminister Dr. Freiherr von Berlepsch, hielt kürzlich einen Vortrag über die Notwendigkeit eines Reichsreinigungsausschusses zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Es war vorauszu sehen, daß dieses unfruchtliche Kapitel eine lebhafteste Aussprache auslösen würde. Unter den Kritikern befindet sich auch Herr Dr. Tänzler, der Schriftleiter der „Mittelungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“. Daß „die Hauptstelle“ das vom Freiherrn von Berlepsch vorgeschlagene Reichsreinigungsausschuss ablehnt, ist selbstverständlich und bedarf keines Kommentars. Die Vergangenheit „der Hauptstelle“ ließ nichts anderes erwarten. Wir nehmen auch nur Notiz davon, weil Dr. Tänzler behauptet: „Angriffslämpfe der Arbeitgeber mit der Forderung positiver Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse seien ausgeschlossen.“

Diese Behauptung ist derartig unverfroren, daß sie nicht antwiderprochen bleiben kann. Sind etwa die massenhaften Lohnkürzungen keine Angriffe der Arbeitgeber? Bezwecken vielleicht die vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Jahre 1910 geforderten positiven Verschlechterungen keinen Angriffskampf? Solcher Beispiele können noch eine ganze Reihe ins Feld geführt werden. Angesichts dieser Verschleierung des Sachverhalts könnte man in Verfolg der Tänzlerschen Methode auch behaupten: „Die Arbeiter haben noch niemals einen Angriffskampf geführt!“ Wenn sie einen Streik proklamieren, so geschah es nur, weil die Arbeitgeber die Forderungen ablehnten. Das war aber Abwehr, kein Angriff. Die Tänzlersche Kundgebung ist mithin nichts anderes, als eine Freiführung solcher Leute, die von Arbeiterbewegung nicht viel verstehen.

Nochmals der „deutsche“ „Sinner“. Der Artikel in Nr. 17 unseres Verbandsorgans ist dem Beamten des „roten“ Textilarbeiterverbandes in Cronau, Genossen Rathhies, auf die Herzen geschlagen. Er veröffentlicht in Nr. 18 seiner Verbandszeitung eine mächtige Schimpfepistel, die uns einige vergnügte Minuten bereitet hat. Da seine sachliche Erwiderung sehr mager ausgefallen ist, können wir ihm in wenigen Zeilen antworten. Zunächst gibt er zu, daß er, der vor dem Streik bei der Firma N. sich in großen Phrasen überstürzte, nach dem Streik recht kleinlaut brieflich beim Unternehmer um seine Wiedereinstellung nachsuchte. Seine Darstellung von der Entstehung des Streiks und seiner Beendigung sind jedoch so treffend, daß wir einige Sätze darüber verlieren müssen. Sinnerl schreibt:

„... wollten sie (die Mitglieder des christlichen Verbandes) nicht den Bezirksleiter Klütchen, weil er zu bremsen versuchte, verhöhnen? Dies scheint alles vergessen zu sein. Und weiter: Hat man im Lager der „Christen“ in Hannover vergessen, daß der M. Klütchen, nachdem der Streik elf Wochen gedauert hatte, immer noch weiter streiken wollte?“

Sinnerl, hättest du dieses nicht geschrieben, dann wärest du ein Philosoph gewesen. So aber? Wie war doch die Sachlage damals? Trotz der schlechtesten Vorbedingungen wollten die Genossen, an der Spitze unser Sinnerl, absolut streiken. Der Bezirksleiter Klütchen, der die schwache Position der Arbeiter, die ja auch später die Genossen erkannten, schon damals über sah, machte auf das Gefährliche des Streiks aufmerksam, wie es seine Pflicht war. Leider hätte Sinnerl zu damaliger Zeit noch zuviel Einfluß auf die Arbeiter; es wurde der Streik beschlossen. Als nun der Kampf elf Wochen gedauert hatte, der Genosse Häbisch aus Berlin mehrere Male in Hannover war, jedenfalls um zu bremsen, da hatten die Genossen den Kopf total verloren. Sie waren bereit, den Streik aufzuheben, wenn auch nur 80 Arbeiter wieder eingestellt würden. Hier griff nun wieder der Kollege Klütchen ein. Mit der Annahme seiner Anträge durch die Arbeiter und durch nochmaliges Vorstelligwerden der Verbandsvertreter bei der Firma wurde tatsächlich erreicht, daß nicht nur 80, sondern 110 Arbeiter wieder eingestellt wurden. Wenn also die Geschichte nicht mit einer noch größeren Niederlage für die Arbeiter endet hat, so ist dieses dem christlichen Verband bzw. dem Bezirksleiter Klütchen zu verdanken. Die Arbeiter haben

dieses auch zum großen Teil ein und traten zum christlichen Verband über.

Sodann sind die Ausführungen des Genossen Hinnerk über die jetzigen Organisationsverhältnisse bei der Firma M. kreisführend. Während tatsächlich immerhin etwa 45 bis 50 Mitglieder des "roten" Verbandes beschäftigt werden, schreibt Hinnerk: "Alle wirklichen Sozialdemokraten liegen immer noch draußen." Durch diese Aeußerung stellt er seiner "Erziehungsarbeit" ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Da hat er all die Zeit daran gearbeitet, die Leute mit den Problemen des Sozialismus bekannt zu machen und echte Sozialisten sind es immer noch nicht geworden. Also ein Erzieher bist du nicht, lieber Hinnerk. Hättest du obigen Satz vor deiner Anstellung geschrieben, dann wärst du wegen mangelnder politischer Befähigung wahrscheinlich nicht angestellt worden.

Zum Schlusse noch eins. Warum gehst du so schnell, mit einem glatten Saltomortale über deine Stellung im Haushaltsverein Linden hinweg? Die Leute würden dieselbe doch viel besser beurteilen können, wenn du ihnen gesagt hättest, daß du 28 Tage Lagerhalter gewesen bist, in dieser Zeit einen Kassenverlust von 666 Mark, das ist pro Tag etwa 24 Mark, herausgewirtschaftet hast. Dieses wäre doch verständlicher gewesen. Doch wollen wir dir nicht gram sein. Wir wünschen dir in Gronau denselben "Erfolg", den du in Linden gehabt hast. Wenn du dann auf deinem Wege ab und zu auch einen "Christen" zur Strecke bringst, wir gönnen es dir. Deine bisherigen Erfolge sind außerdem ja so groß, daß sich dir doch niemand mit Erfolg entgegen stellen kann, du großer Hinnerk!

Aus unserer Industrie.

Die Ein- und Ausfuhr von Textilrohstoffen und Fertigfabrikaten Deutschlands im Jahre 1910.

Das Textilarbeiterjahr 1910 hat im allgemeinen nicht das gebracht, was wir von ihm erwartet haben. Zu Beginn des Jahres fehlte hauptsächlich in der Tuch- und Seidenindustrie — eine lebhaftere Geschäftstätigkeit ein, die jedoch nicht allzulange handhielt und bald wieder da und dort zu Arbeitseinschränkungen führte. Zum Beweise mögen hier die Zahlen, die wir am Schlusse eines jeden Quartals an das Kaiserliche Statistische Amt zu Berlin über den Umfang der Arbeitslosigkeit in unserem Verbands berichten, angeführt sei. Es waren arbeitslos

im 1. Quartal 1910 =	729	Mitgl.	insgesamt	11 918	Tage
" 2. "	1910 =	687	"	12 089	"
" 3. "	1910 =	1613	"	29 043	"
" 4. "	1910 =	1702	"	21 717	"

Hauptsächlich die Baumwollspinnereien litten das ganze Jahr unter den ungünstigen Rohstoffverhältnissen. Die enorm hohen Baumwollpreise des letzten Jahres zwangen die Fabrikanten zu äußerster Reserve und Zurückhaltung und führten fast überall zu erheblichen Betriebseinschränkungen. Diese Tatsache spiegelt sich deutlich in der

Ein- und Ausfuhr von Spinnstoffen und Garnen

nach Deutschland im Jahre 1910 wider. Nach den Berichten des Kaiserlichen Statistischen Amtes (Abteilung für Handelsstatistik) betrug die Einfuhr der wichtigeren Spinnstoffe insgesamt:

1910 =	9821 200	Dztr.	im Werte von	1 101 862 000	M.
1909 =	10 858 500	"	"	1 186 209 000	"

Die Mindereinfuhr der hauptsächlich in Frage kommenden Spinnstoffe gegenüber dem Vorjahre ist demzufolge ganz beträchtlich; sie beträgt nicht weniger als 1 037 300 Dztr. im Werte von rund 84 300 000 M. Etwa die Hälfte der gesamten Mindereinfuhr entfällt allein auf die rohe Baumwolle. An roher Baumwolle wurden eingeführt:

1910 =	4 024 282	Dztr.	im Werte von	470 841 000	M.
1909 =	4 559 226	"	"	532 221 000	"

Das ist ein Minus von 534 944 Dztr. (= 11,7%) im Werte von 61 380 000 M. (= 11,5%). An der Einfuhr roher Baumwolle nach Deutschland waren beteiligt die Länder:

	1910	1909
Ver. Staaten v. Nordamerika	2 798 503	Dztr. 3 503 160
Britisch-Indien	828 251	" 571 873
Ägypten	336 848	" 431 602

Sie sehen aus diesen Ziffern, daß die Einfuhr amerikanischer Baumwolle nach Deutschland von 1909 auf 1910 in ganz erheblichem Maße zurückgegangen ist. Dieselbe Erscheinung, wenn auch nicht in demselben Umfange, tritt in den Jahren 1908/09 zu Tage. Zwar stellen die Vereinigten Staaten auch heute noch das weitest größte Kontingent, aber die rasche Vermehrung der Spinnstoffzahl in Amerika in den letzten Jahren macht sich auch auf diese Weise schon recht fühlbar; Amerika kann nicht mehr soviel Baumwolle liefern, weil sein Selbstverbrauch sich mit jedem Jahre steigert und die Renanlage von Baumwollplantagen in Amerika nicht in dem Maße fortschreitet, wie der Allgemeinverbrauch der Baumwolle. Britisch-Indien hat im Berichtsjahre rund 300 000 Dztr. mehr an roher Baumwolle nach Deutschland eingeführt als 1909. Dadurch ist jedoch das Minus amerikanischer Baumwolle von etwa 700 000 Dztr. bei weitem nicht ausgeglichen.

In dem Artikel in der vorigen Nummer waren insofern einer Verzeichnung der Blattseiten im Manuskript einige Zahlen nicht auf ihren richtigen Platz gekommen. Um jede irrtümliche Deutung der Ziffern nach Möglichkeit auszuschließen, bringen wir den ersten Teil des Artikels nochmals

Abfälle von roher und bearbeiteter Baumwolle sind im Berichtsjahre eingeführt worden:

1910:	689 867	Dztr.	im Werte von	32 962 000	M.
1909:	747 590	"	"	35 425 000	"

Eine kleine Steigerung hat die Einfuhr an roher Schafwolle erfahren. Von dieser Gattung wurden eingeführt:

1910:	1 979 437	Dztr.	im Werte von	360 059 000	M.
1909:	1 959 095	"	"	356 795 000	"

Die Einfuhr von Flach-, Hanf-, Flachs- und Hanfwerg, Jute und Jutewerg hat gegenüber dem Vorjahre eine kleine Einbuße erfahren. Davon wurden eingeführt:

1910:	2 510 328	Dztr.	im Werte von	115 853 000	M.
1909:	3 003 422	"	"	132 513 000	"

Die hierbei in Erscheinung tretende Mindereinfuhr entfällt fast ausschließlich auf Jute und Jutewerg. An sonstigen Spinnstoffen (Fiber, Manilahanf, Kapot, Ramie, Sisalhanf, Neuseeländer Hanf) wurden eingeführt:

1910:	249 900	Dztr.	im Werte von	13 828 000	M.
1909:	203 320	"	"	10 992 000	"

Ein einigermaßen besseres Bild bietet

die Ein- und Ausfuhr an Garnen und Zwirnen.

Hauptlieferant für die nach Deutschland eingeführten Garne ist England. An Baumwollgarnen sind eingeführt worden:

1910:	261 396	Dztr.	im Werte von	93 537 000	M.
1909:	243 725	"	"	87 794 000	"

Ausgeführt wurden zur gleichen Zeit:

1910:	121 207	Dztr.	im Werte von	30 897 000	M.
1909:	118 595	"	"	26 372 000	"

Bei rohen Wollgarnen hat sich die Einfuhr unmerklich vermindert, dagegen ist die Ausfuhr deutscher Wollgarne gestiegen. Die Einfuhr betrug hier:

1910:	215 798	Dztr.	im Werte von	102 302 000	M.
1909:	226 177	"	"	107 409 000	"

Die Ausfuhr bezifferte sich auf:

1910:	64 110	Dztr.	im Werte von	42 425 000	M.
1909:	55 972	"	"	34 220 000	"

Die Ein- und Ausfuhr von baumwollenen Nähzwirnen ist im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre ziemlich stabil geblieben. Deutschland hat eine ziemlich ausgedehnte Nähzwirn-Industrie, die nicht nur imstande ist, den Eigenbedarf zu decken, sondern die auch im wesentlichen auf den Absatz im Ausland angewiesen ist. Die Ausfuhr überwiegt daher bei diesem Posten die Einfuhr um ein Bedeutendes. Es wurden eingeführt von dieser Gattung:

1910:	3128	Dztr.	im Werte von	1421 000	M.
1909:	3439	"	"	1 560 000	"

Dagegen ist die Ausfuhr etwas gestiegen, sie betrug:

1910:	35 324	Dztr.	im Werte von	21 700 000	M.
1909:	35 075	"	"	20 416 000	"

Als Hauptabgabländer mit steigendem Bedarf kommen hierfür in Frage Italien, die Niederlande, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Die Einfuhr von Flach-, Flachswerg- und Leinengarnen hat sich im Berichtsjahre ebenfalls etwas gehoben. Es wurden eingeführt:

1910:	275 100	Dztr.	im Werte von	48 190 000	M.
1909:	244 374	"	"	44 382 000	"

Ohne größere Schwankung blieb die Einfuhr an Rohseide. Dieselbe betrug:

1910:	42 228	Dztr.	im Werte von	159 781 000	M.
1909:	42 925	"	"	163 324 000	"

Hauptlieferanten für Rohseide nach Deutschland sind Italien, Frankreich und die Schweiz.

Aus den vorliegenden Zahlen über die Einfuhr von Textilrohstoffen nach Deutschland spricht deutlich fühle Reserve. Die Marktlage scheint noch zu unsicher und zwingt die Fabrikanten zur Zurückhaltung.

Ein etwas günstigeres Bild bieten die Zahlen über die

Ausfuhr fertiger Textilfabrikate.

Der Absatz ist hierin im Jahre 1910 ein besserer gewesen als in den drei letzten Jahren. Insgesamt sind an wichtigeren Textilfabrikaten ausgeführt worden:

1910:	1 490 000	Dztr.	im Werte von	948 341 000	M.
1909:	1 433 200	"	"	863 648 000	"

Esomit beträgt die Mehrausfuhr gegen das Jahr 1909 56 800 Dztr. im Werte von 84 693 000 M. Die Ausfuhr gliedert sich in der Hauptsache in folgende Fabrikationsarten:

Baumwollwaren					
1910:	584 079	Dztr.	im Werte von	352 208 000	M.
1909:	542 560	"	"	322 941 000	"

Wollwaren					
1910:	331 038	Dztr.	im Werte von	263 766 000	M.
1909:	312 646	"	"	254 863 000	"

Seidenwaren					
1910:	102 816	Dztr.	im Werte von	179 330 000	M.
1909:	93 489	"	"	158 912 000	"

Kleider und Fußwaren					
1910:	99 668	Dztr.	im Werte von	1 371 800	M.
1909:	87 386	"	"	99 022 000	"

Waren aus sonstigen Spinnstoffen					
1910:	116 842	Dztr.	im Werte von	24 508 000	M.
1909:	113 957	"	"	23 241 000	"

Sie erkennen aus dieser Aufstellung überall eine, wenn auch nur mäßige Steigerung der Exportziffern gegenüber dem Vorjahre. Von den Baumwollwaren sind es die bedruckten, gefärbten und buntgewebten Stoffe, die den größten Teil der Ausfuhr präzentieren. Die Hauptabgabländer für diese Waren sind England (46 158 Dztr.), Argentinien (27 349 Dztr.), Türkei (18 090

Dztr.), Britisch-Indien (16 193 Dztr.), Niederland (15 543 Dztr.), Chile (14 042 Dztr.), Brasilien (12 658 Dztr.), Britisch-Südafrika (11 173 Dztr.) und die Schweiz (10 768 Dztr.).

Einen ganz beträchtlichen Anteil an der Ausfuhr haben die baumwollenen Wirkwaren (Strümpfe, Socken, Unterleiber-Tripot), Handschuhe und sonstige Wirkwaren). Von dieser Gattung wurden ausgeführt:

1910:	169 386	Dztr.	im Werte von	131 344 000	M.
1909:	166 452	"	"	118 507 000	"

Abnehmer für die deutsche Ausfuhr an baumwollenen Wirkwaren sind in der Hauptsache die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Argentinien, Australien, Chile und Canada.

Einen der hervorragendsten Ausfuhrartikel der deutschen Textilindustrie sind die wollenen Kleiderstoffe, deren Ausfuhr gegenüber dem Vorjahre in mäßiger Höhe gestiegen ist. Es gelangten von dieser Gattung zum Versand:

1910:	251 510	Dztr.	im Werte von	210 465 000	M.
1909:	241 226	"	"	207 128 000	"

Die Hauptabnehmer für deutsche wollenen Kleiderstoffe sind England (33 955 Dztr.), Türkei (22 889 Dztr.), Niederland (19 660 Dztr.), die Schweiz (18 660 Dztr.), die Vereinigten Staaten von Nordamerika (13 840 Dztr.), Dänemark (12 338 Dztr.), Italien (11 580 Dztr.); ferner Britisch-Indien, Japan, Argentinien, Schweden, Belgien, Rumänien und Frankreich.

Wollene Wirkwaren (Strümpfe, Socken, Handschuhe u.) sind ausgeführt worden:

1910:	39 131	Dztr.	im Werte von	31 871 000	M.
1909:	35 800	"	"	28 255 000	"

Die Ausfuhr an gebleichten, baumwollenem und wollenem Samt und Plüsch belief sich auf 21 989 000 M. gegenüber 18 951 000 M. im Vorjahre. Eine größere Steigerung in der Ausfuhr weisen die Seidenwaren auf, von denen im Jahre

1910:	42 804	Dztr.	im Werte von	97 754 000	M.
1909:	36 520	"	"	82 580 000	"

ausgeführt worden sind. Der Absatz an Teppichen hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt gesteigert, ausgeführt wurden hiervon:

1908:	17 421	Dztr.	im Werte von	7 245 000	M.
1909:	19 000	"	"	7 894 000	"
1910:	21 052	"	"	8 415 000	"

Nicht so günstig hat die Flach- und Jute verarbeitende Industrie abgeschnitten. Die Ausfuhr an gemusterten, dichten Geweben aus Flach- und Jute, Packleinand, Jutesäcken u. hat gegenüber dem Jahre 1909 an Quantität abgenommen, ist jedoch an Qualität bzw. im Werte gestiegen. Es wurden davon ausgeführt:

1910:	53 931	Dztr.	im Werte von	10 068 000	M.
1909:	56 320	"	"	8 793 000	"

Aus dem Ganzen geht hervor, daß die Einfuhr von Textilrohstoffen im Jahre 1910 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist, während im gleichen Zeitraum die Ausfuhr an Fertigfabrikaten eine mäßige Steigerung erfahren hat. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß die Mehrausfuhr an Fertigfabrikaten fast ausschließlich auf das Konto der ersten Hälfte des Jahres 1910 zu setzen ist. Im zweiten Halbjahre hat sie wieder erheblich nachgelassen.

Eine Reichszentrale für die Textilindustrie.

Diese Forderung, die unser Vorsitzender, Kollege Schiffer, unlängst im Reichstage in längerer, sachlicher Rede begründete, wird in weiten Kreisen der Textilindustrie lebhaft unterstützt. Daran ändert die Tatsache nichts, daß einige Leute und Zeitungen aus persönlichen oder parteipolitischen Gründen die "Zentralstelle" ablehnen. Wir lesen nun in der "R. W.", daß der "Verein der deutschen Textilveredlungsindustrie" am 26. April unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Arthur Schrover-Krefeld eine Vorstandssitzung abgehalten hat, in der die Frage der Begründung einer Textilzentrale der deutschen Weberei- und Ausstattungsindustrien sowie die Frage eines wissenschaftlich-technischen Reichsinstituts für die Textilindustrie eingehend beraten wurden. Man beschloß, die Begründung der organisatorischen Zentrale mit allem Nachdruck zu fördern, da bei der weitgehenden Systemlosigkeit der heutigen wirtschaftspolitischen Textilorganisation eine solche Zentrale zweifellos für die gesamte Industrie ganz außerordentliche Vorteile gemähren muß, zumal sie auch gegebenenfalls in die Lage kommt, mit gemeinsamen Kräften eine Pflege der Ausfuhr in Angriff zu nehmen. Die jüngst vom Reichstage in Form einer Resolution empfohlene Schaffung eines wissenschaftlichen Textilinstituts entspricht einer in den letzten Jahren in den Kreisen der Textilveredlungsindustrie vielfach besprochenen und verfolgten dringenden Forderung, die, vom Reiche unterstützt, gewiß zu dem gewünschten Ziele führen wird. Man sieht daher den weiteren Schritten der Regierung mit Interesse entgegen.

Diese Industriellen sind erfreulicherweise noch nicht so verblendet, daß sie eine dem Gewerbe dienliche Einrichtung verwerfen, weil sie ein Arbeiter entschieden gefordert.

Deutschlands Außenhandel mit Baumwollwaren.

Der Absatz deutscher Baumwollwaren auf dem Weltmarkt nimmt fortgesetzt stark zu. Die Ausfuhrmenge vom ersten Jahresviertel belief sich auf 150 353 Dztr., sie geht damit über die vorjährige um 7,3 Proz. hinaus. Der Aufschwung reicht aber schon weit zurück, denn in den Jahren 1908 und 1910 war bereits eine kräftige Zunahme der Baumwollwarenausfuhr eingetreten. In

den ersten drei Monaten betrug nämlich die Ausfuhr von Baumwollwaren in Loppelzentnern:

1911	1910	1909	1908	1907
150353	140131	124343	131037	86584

Nur im Jahre 1909 war der Aufschwung unterbrochen worden, um sich schon im Jahre 1910 wieder über den Umfang vom Jahre 1908 hinaus fortzusetzen. Zugewonnen hat in erster Linie die Ausfuhr von gefärbten, bedruckten, bunt-gewebten Baumwollgeweben, die im ersten Viertel d. J. in einer Menge von 68966 Dzt. ins Ausland gingen, gegen 61351 Dzt. in der Parallelzeit 1910, 51863 Dzt. im Jahre 1909 und 54427 Dzt. im Jahre 1908. Der Wert dieses Teils der Ausfuhr betrug 1911: 31,92 Millionen Mark gegen 27,71 Mill. im ersten Quartal 1910. Es gingen an solchen Geweben nach Großbritannien in diesem Jahre 10666 Dzt. gegen 9870 Dzt. im Vorjahre und 7856 Dzt. im Jahre 1908; nach Britisch-Südafrika 3416 Dzt. gegen 3217 bzw. 1531 Dzt., nach Argentinien 5087 Dzt. gegen 4203 bzw. 2004 Dzt., nach Brasilien 4467 Dzt. gegen 2462 bzw. 2878 Dzt., nach Australien 1075 Dzt. gegen 1119 bzw. 466 Dzt. Auch die Ausfuhr von baumwollenen Spitzenstoffen, Baumwollseide und Plüsch, von Strümpfen, Unterleibern usw. hat kräftig zugenommen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Athenbach.

Einen neuen Lohnstarif eingereicht hatten die Spinner der Firma „Spinnerei Athenbach“ am 22. April, der eine mäßige Lohnerhöhung vorsah. Die vorgeschlagene Kommission wurde gerufen, aber von der Fabrikleitung erklärt, daß man wegen schlechten Geschäftsganges nichts bewilligen könne. In einer Fabrikversammlung am 11. Mai berichtete die Kommission den Spinnern über diese Unterhandlung. Das Verhalten der Firma „Spinnerei Athenbach“ befriedigte keinesfalls, und so wurde einstimmig beschlossen, nochmals vorstellig zu werden und die gerechten Forderungen der Spinner zu begründen. Das geschah dann auch, aber wieder mit negativem Resultat. Am 15. Mai fand dann wieder eine Besprechung der Spinner statt. Den Vorschlägen des Bezirksleiters, Kollegen Nimmels, wurde zugestimmt und ebenso einmütig beschlossen, an den gestellten Forderungen festzuhalten und zwar so lange, bis früher oder später ein Erfolg erzielt ist. Die Bewegung geht also weiter, und ersuchen wir alle auswärtigen Kollegen und Kolleginnen, jeden Bezug nach Athenbach fern zu halten.

Bemerkten wollen wir noch, daß von 40 Spinnern des Betriebes jetzt 38 in unserem Verbandsorganisiert sind. Ueber die traurigen Lohnverhältnisse berichten wir in einem späteren Artikel.

Coesfeld.

Ein großer Kampf. Die Aussperrung im Münsterlande ist nun doch perfekt geworden, und zwar weil der Fabrikantenverband von den streikenden Arbeitern verlangt, sie sollten erklären, daß sie die Arbeit „unter den alten Bedingungen“, d. h. ohne jedes Resultat wieder aufnehmen müßten. Dann würden unsere Kollegen eine Unwahrheit unterschreiben. Das ist eine Zumutung an die Arbeiter und ihren Verband, für die uns der Ausdruck fehlt, um sie gebührend zu kennzeichnen.

Wir rechnen mit einem langen Kampfe. Unser Verband wird niemals seine Genehmigung dazu hergeben, daß die streikenden Coesfelder Arbeiter eine Unwahrheit unterschreiben. Es kommt hier auf die Wahrheit und die Verbandslehre an.

Vorläufig werden wohl rund 4500 Mitglieder von uns in Betracht kommen. In der nächsten Nummer werden wir ausführlich berichten.

M.-Glabbach.

Die Weber der Firma Schippers u. Daniels haben in der vergangenen Woche beschlossen, die über die Firma im März d. J. verhängte Sperre aufzuheben.

M.-Glabbach.

Die Kündigung eingereicht. Die Weber der Firma H. Boetzelen haben, weil die Firma trotz wiederholter Verhandlungen eine vorgenommene Lohnreduktion nicht zurücknehmen wollte, die Kündigung eingereicht.

Krefeld.

Die Samtweberbewegung. Die Bestrebungen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind unter den hiesigen Samtwebern seit Bestehen unseres Verbandes allzeit lebendig gewesen. Es ist den Samtwebern auch gelungen, zu verschiedenen Malen nennenswerte Verbesserungen zu erzielen. Sie stehen am günstigsten unter den hiesigen Textilarbeitern. Andererseits handelt es sich aber auch um eine kapitalkräftige Arbeitgebergruppe, deren Geschäft gute Verdienste abwirft.

Die letzte vor der diesjährigen Samtweber-Bewegung fand im Frühjahr 1907 statt. Der Erfolg der Arbeiter stellte sich damals wie folgt: Werke bis zu 80 Ruten wurden um 4%, von 81 bis 100 Ruten um 6% und Werte über 100 Ruten um 8% erhöht.

Zwar haben auch die Samtfabrikanten versucht, in der im Spätjahr 1907 einsetzenden bis in 1910 hinein

andauernden mehr oder minder schlechten Geschäftszeit Verschlechterungen durchzuführen. 1908 versuchte eine Firma, für schnelllaufende Stühle den Lohn um 10% zu reduzieren, 1909 haben einige Firmen versucht, den Ergänzungslohn von 1—7 Pfg. zu reduzieren. In beiden Fällen haben die Organisationen sich der Sache der Arbeiter angenommen, und so wurden diese geplanten Verschlechterungen, die zweifellos das Signal für andere Samtfabrikanten zur Einführung derselben Verschlechterungen gewesen wären, abgewehrt.

Als nun im Frühjahr 1910 eine bessere Geschäftszeit eintrat, schickten die Samtweber sich wiederum an, eine Bewegung vorzubereiten. Am 7. April 1910 fand eine Samtweber-Ausschussitzung statt, in der die Verhältnisse in den Samtwebereien besprochen wurden. Man besaß sich mit der englischen Arbeitszeit an Samstagen und klagte über zu schlechte Entlohnung der schwereren Werke und die willkürliche Bezahlung der „Vierbreiten-Doppelpfüler“. Da letztere immer mehr Eingang fanden, mußten dieselben der Lohnliste eingefügt werden. Sodann wurde noch gewünscht, daß für verschiedene Nebenarbeiten eine bessere Regelung der Löhne stattfinden.

Am 19. Mai 1910 wurde in einer Ausschussitzung beschlossen, bevor eine Bewegung begonnen wurde, solle das Organisationsverhältnis festgestellt werden. Dieses geschah und wurde in einer weiteren Sitzung am 9. 6. vorgelegt. Danach waren von den damals stark 1300 Samtwebern annähernd 400 unorganisiert. Die Ausschüsse waren der Meinung, daß unter solchen Verhältnissen eine ernsthafte Bewegung nicht gemacht werden könne. Es wurde trotzdem eine Lohnkommission gewählt, die im Sinne der Wünsche der Arbeiter die Forderungen formulieren und den Ausbau der Organisation fördern sollte.

In der Ausschussitzung am 23. Juni legte die Lohnkommission einen Entwurf der aufgestellten Forderungen vor, der die Zustimmung der Ausschüsse fand. Es wurden gefordert: 10% Lohnerhöhung allgemein, Regelung des Lohnes für Vierbreiten-Doppelpfüler, sowie für verschiedene Nebenarbeiten und Erhöhung des Stundenlohnes. Diese Forderungen wurden den Fabrikanten anfangs Juli 1910 unterbreitet. Die letzteren jedoch rundweg ab. Die Verbandsvertreter wurden sodann vorstellig beim Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, jedoch ohne Erfolg.

Es wurde ihnen eröffnet, daß die Fabrikanten beabsichtigten, eine neue Lohnliste auszuarbeiten. Von seiten der Verbandsvertreter und der Ausschüsse wurde die Mitwirkung bei der Ausarbeitung einer neuen Lohnliste gefordert. Da nun inzwischen die Zeit schon zu weit vorgeschritten war und auch die Organisationsverhältnisse noch vieles zu wünschen übrig ließen, so beschloß eine Ausschussitzung vom 4. August, sowie auch nachfolgend sämtliche Belegschaften, die Bewegung bis zum Frühjahr 1911 zu vertagen. Es herrschte zwar unter den Samtwebern, und nicht mit Unrecht, allgemeiner Unwille über die Haltung der Fabrikanten, andererseits war man sich aber auch klar darüber, daß die Schuld an der Ablehnung der Forderungen der Verschleppung und Vertagung der Bewegung einzig und allein darin seinen Grund habe, daß ein Teil der Samtweber während der schlechten Zeit der Organisation den Rücken gekehrt hatten. Die Unorganisierten wurden entschieden aufgefordert, der Organisation beizutreten, damit zu gegebener Zeit die Arbeiterschaft geschlossen da stünde. In dieser Hinsicht haben die Samtweber auch mit Erfolg gearbeitet, so daß anfangs dieses Jahres die Organisationsverhältnisse günstiger waren. Die Geschäftslage im Samtgewerbe erreichte im März d. J. ebenfalls einen sehr günstigen Stand. Eine Ausschussitzung der Samtweber, welche am 30. März tagte, beschloß, die abgebrochene Bewegung von 1910 wieder zu beginnen. Sämtliche Verbandsvertreter erteilten hierzu ihre Zustimmung. Die Forderungen vom vorigen Jahre wurden mit einigen kleinen Ergänzungen am 31. März dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes zugestellt. Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes teilte den Verbandsvertretern dann unter anderem mit, daß er im Auftrage des von der Reise zurückgekehrten Vorsitzenden, Herrn Kommerz. Scheibler, eine Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes auf den 20. April einberufen habe, die Stellung zu dem Antrage der Arbeiter nehmen würde.

In einer Samtweber-Ausschussitzung am 21. April lag die Stellungnahme der Arbeitgeber bereits vor, die dahin lautete, daß die bereits im vorigen Jahre angekündigte Revision der Lohnliste, welche das Verhältnis zwischen den leichten und schweren Werken zu Gunsten der letzteren verbessere und auch in der Behandlung der Nebenarbeiten dem Wunsche der Arbeiter zum Teil Rechnung trage, vorgenommen worden wäre. Ferner sei eine Lohnkommission der Arbeitgeber beauftragt, die Liste mit den Vertretern der Arbeiter (Lohnkommission und Verbandsvertreter) zu besprechen. Die Ausschüsse der Samtweber beauftragten ihre Lohnkommission und die Verbandsvertreter, in eine Besprechung mit der Fabrikantenkommission betr. Lohnliste einzutreten. Dieselbe fand am 24. April statt. Hier besonders verjachten die Verbandsvertreter, für die Arbeiter, etwas zu erzielen. Es konnte jedoch ein klarer Vergleich zwischen alter und neuer Liste nicht gemacht werden. Von Arbeiterseite wurde deshalb erklärt, die Liste müßte, bevor Stellung dazu genommen werden könnte, eingehend geprüft werden, den Arbeitgebern würde dann Bescheid zugehen. Am 25. 4. nahm zuerst die Lohnkommission und am 26. 4. die Ausschüsse zu der Liste Stellung. Auf Vorschlag der Lohnkommission und der Verbandsvertreter nahm die Ausschussitzung folgende Entschliessung gegen eine

Entschliessung:

Die Samtweber Krefelds sind mit der neuen von den Fabrikanten einseitig ausgearbeiteten Lohnliste nicht zufrieden. Dieselbe kommt den Wünschen der

Arbeiter in Bezug auf eine allgemeine Lohnerhöhung nicht entgegen, im Gegenteil sind die leichten Werke teilweise reduziert worden. Auch enthält die Liste einzelne Nebenbestimmungen, mit denen sich die Arbeiter nicht einverstanden erklären können.

Wenn auch anzuerkennen ist, daß der Aufbau der neuen Liste besser und übersichtlicher als die alte Liste ist, so erklären die Arbeiter sie aber nur dann annehmen zu wollen, wenn eine Verbesserung derselben eintritt.

Sie beantragen deshalb eine Erhöhung um 10% und Erfüllung der sonstigen Wünsche der Arbeiter bezüglich der Nebenbestimmungen.

Um nun die Angelegenheit möglichst schnell zu erledigen, werden die Verbandsvertreter ersucht, diese Forderung erneut den Fabrikanten einzureichen, mit der Maßgabe jedoch, daß bis längstens Mittwoch, den 3. Mai eine Verhandlung mit Erfolg stattgefunden haben muß. Hat bis dahin eine Verhandlung nicht stattgefunden, oder ist auch sonst ein Zugeständnis nicht gemacht worden, dann reichen am Donnerstag, den 4. Mai sämtliche Samtweber Krefelds die Kündigung ein.

Ueber diese Entschliessung wurde am 27. April in allen Krefelder Samtweber-Belegschaften abgestimmt. Es stimmten: 1307 für dieselbe, 26 dagegen, 76 Stimmen enthielten sich, waren ungültig oder waren verhindert mit abzustimmen. Diese Abstimmung bedeutete den endgültigen Streikbeschluß, falls die Fabrikanten auf einem ablehnenden Standpunkt verharren würden.

Ueber den ferneren Verlauf der Dinge in der nächsten Nummer.

Säckingen.

Bei der Firma „Gesellschaft für Bandfabrikation“ ist anfangs Mai eine bedeutende Herabsetzung der Akkordlohnsätze auf einige Artikel in der Weberei und Zettlerei vorgenommen worden. Die Reduktion beträgt in der Weberei beim Doppelpfüler 25% und beim Doppellaufer 15%. Den Zettlerinnen wurde der Lohnsatz pro 100 Faden bei Hochseide um einen halben Pfennig gekürzt. In zwei Fabrikversammlungen vom 2. und 12. Mai, von denen besonders die letztere sehr zahlreich besucht war, wurde zu dem Vorgehen der Firma Stellung genommen. Einstimmig wurde beschlossen, eine Eingabe an die Generaldirektion in Basel zu machen, was inzwischen geschehen ist. Als Unterhandlungskommission wurde der Arbeiterausschuß vorgeschlagen.

Gefordert wurde, daß die alten Lohnsätze in der Weberei und Zettlerei bestehen bleiben. Ferner soll beim Warten auf Material oder auf Geräte die Stundenvergütung von 5 auf 10 Pfennig erhöht werden. Für Tagelohnarbeiten soll der Stundenlohn a beim Musterverweben von 31 auf 40 Pfennig und b bei allen übrigen Arbeiten von 26 auf 35 Pfennig erhöht werden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 20 Jahre. Beim Bearbeiten von schlechtem Material (nicht normalen Stoffen) soll der Stundenlohn auf 35 Pfennig gestellt werden.

Die in Betracht kommenden Arbeiter waren bisher leider nur sehr mangelhaft organisiert. Mehr als Worte es vermögen hat nun das Vorgehen der Firma den noch fernstehenden Arbeitern die Notwendigkeit der Organisation überzeugend nachgewiesen. Allein in der letzten Fabrikversammlung sind denn auch an die 80 neue Mitglieder dem Verbands beigetreten. Möge es nun den durch den schleppenden Geschäftsgang der letzten Zeit ohnehin schon schwer geschädigten Seidenbandwebereien gelingen, die Verschlechterung abzuwehren.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Gronau. Genosse Mathies, abgesetzter Konsumvereinsverwalter, nachheriger Versicherungsagent aus Hannover, ist seit dem 1. April d. J. als Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Gronau angestellt. Im Zeichen seiner hohen Würde zieht er umher und verschönt in bombastischem Wortschwall seinen sozialdemokratischen Kohl. Er redet von „Bitterdummerung“, „Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel“, von der „strahlenden Sonne des Sozialismus“ usw. Die Worte „Ausbeuter“, „Parasit“ u. a. m. gehören zu seinem ständigen Wortschatz. Genosse M. verbricht sogar, von einer guten Bekannten, Aug. Pieper (Auguste soll sie heißen) veranlaßt, Zeitungsartikel. Die von M. unter dem Schimpfnamen „Schwarze Horde“ benannte christlich-organisierte Textilarbeiterchaft in Gronau wünscht nun eine Nichtigstellung der von M. verbreiteten Unwahrheiten. Also Mathies kam, wie er schreibt, in eine Fabrikversammlung, machte einen Vorschlag, es wurde so verfahren und — bums: zum 1. April gab es eine 5%ige Lohnerhöhung. Es ging ihm wie weiland dem großen César: Er kam, sah und siegte! Die Zwiener der Firma G. van Delden haben sich köstlich über den Spas amüsiert. Schade, daß der „deutsche“ Verband nicht noch mehr solcher „großen Geister“ hat. Schade, daß der Genosse M. so verkannt wird und er als simpler Geschäftsführer sein „großes Genie“ verrotten lassen muß. Er müßte u. G. vom „roten“ Verband als „Generalstrategie“ bei Lohnfragen angestellt werden. Er braucht nur zu kommen, sehen und raten — und Lohnerhöhung über Lohnerhöhung regnen nur so auf die armen Textilarbeiter herab. Schade, schade, daß diese Dinge nur im Gehirn des Genossen Mathies herumspuken. Nehren wir also zur Wirklichkeit zurück. Tatsache ist, daß nicht der Rat des Genossen M., die Arbeitgeber auf die Daten 1. April, 1. Juli und 1. Oktober festzulegen, befolgt wurde, sondern daß eine Resolution vom Kollegen Sparenberg angenommen wurde, welche zum 1. April eine Lohnerhöhung wünschte und das Fehlende späteren Verhandlungen überließ. Hierauf gab es eine Lohnerhöhung zum 1. April von 5%. Andere Verbesserungen, die auch noch bedeutend ins Gewicht fallen, wurden eingeführt. Die Strafen wurden vermindert, für Copsholen ein Aufzug gemacht u. a. m.

Der Erfolg, wenn er auch nicht so sehr groß ist, ist dem treuen Zusammenhalten der Arbeiterschaft, hauptsächlich der christlichen („Freie“) kommen nur mit einigen 20 Infrage) zu verdanken.

Gänzlich unmotiviert ist der Vorwurf des Genossen M. unserem Kollegen Berg gegenüber. Kollege Berg hat nicht das Angebot der Firma G. van Delden zur Annahme empfohlen, sondern lediglich gesagt: „Der Fabrikant ist uns in-

sofern entgegengesommen, als die Lohnerhöhung von 5% statt am 1. Juli am 1. Juni eintreten soll. Zeigen auch wir ein Entgegenkommen. Solches sagte Kollege Berg, weil von verschiedenen Seiten mehr als 5% zum 1. April verlangt wurden, und mehr war, wie auch M. schreibt, vorläufig nicht zu erreichen.

Genosse M. will das Gebahren des Christenführers „geheißend“ gekennzeichnet haben. Ach! du Tropf! Dich selbst hast du durch deine Ausführungen gekennzeichnet. Du wußtest ja sonst nichts, als den Arbeitern zu empfehlen, das „Brüllen und Schreien der ofstibischen Krantjunker“ nachzumachen. Eine andere Melodie konntest du auf deinem arbeitseligen Geleirasten nicht spielen. In einer kurz darauf folgenden Fabrikversammlung von Spinnerei „Gronau“ hielt Genosse M. eine lange Rede, deren kurzer Sinn war: Es ließe sich betreffs Lohnerhöhung nichts machen. Erst organisieren. Und das in einem Betriebe, wo einzelne Abteilungen zu 90% organisiert sind. Das ist doch fürwahr eine tüchtige Leistung eines Genossenschafters.

In Schüttorf soll, wie Genosse Mathies schreibt, der Christenführer Sparenberg auf einem Tisch stehend das „Brüllen und Schreien der Sprengkolonne“ dirigiert haben. Diese Behauptung ist eine Unwahrheit. Genosse Mathies und Meyer sagten in der Versammlung Dinge, die mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße standen. Die Schüttorfer Arbeiter waren mit Recht entrüstet über die Art und Weise des Auftretens der Genossen.

Sparenberg soll Schauermärchen über die Löhne und Arbeitszeiten in den sozialdemokratischen Konsumvereinen erzählt haben. Zahlen, amtliche Zahlen des Reichs-Statistischen Amtes zu Berlin nennt der Genosse M. „Schauermärchen“.

Genosse Mathies rühmt die „guten Löhne und Einrichtungen des Konsumvereins Linden“. Er selbst sei mit 1800 Mark Gehalt und 2% Provision bei 130000 M. Umsatz, also 4400 M. Gehalt, angestellt gewesen. Fürwahr, eine gute Futterkrippe.

Doch, mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell. Das hat auch der Genosse Mathies erfahren. Wir wollen es kurz machen: Genosse Mathies war nicht, wie er in Schüttorf uns erzählte, mit 1600 M., sondern nur mit 1600 M. Gehalt angestellt, aber nur 28 Tage. Dann wurde er abgesetzt, nachdem sich herausgestellt, daß bei einem Umsatz von 12000 M. ein Defizit von 668 M. in den 4 Wochen vorhanden war. Solches hat Genosse Mathies nun nicht erzählt. Wir möchten ihm deshalb den Rat geben, in Zukunft stets der Wahrheit die Ehre zu geben, etwas Beschöniger zu sein und sich nicht mit fremden Federn zu schmücken, denn: Sich mit fremden Federn schmücken, kann den Narren nur beglücken.

Lobberich. In der am 14. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte der Kollege Stiels nach Verlesung der Abrechnung vom ersten Quartal 1911 über die Lohnbewegung der Samtweber. Manches Mißverständnis wurde durch die genaue Auseinanderlegung der ganzen Bewegung beseitigt. Zum Schlusse seiner Ausführungen geistelte derselbe in scharfer Weise das Gebahren und Vorgehen einiger Arbeiter gegen die Führer. Die sich an diese Ausführungen anschließende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, bewegte sich aber in sachlichen Bahnen.

Säckingen. Hier fand am 12. Mai eine stark besuchte Fabrikversammlung für die Arbeiterschaft der „Gesellschaft für Bandfabrikation“ statt, um Stellung zu nehmen gegen die bei einigen Artikeln beabsichtigte und auch teilweise schon durchgeführte Lohnreduktion, und zwar beim Zweifelhafstem um 25% und bei Stählen mit Doppelladen um 15%. Die Firma behauptet, diese Lohnreduktion durch technische Neuerungen auszugleichen, was aber von der Arbeiterschaft stark bezweifelt wird. Bezirksleiter Rimmelle und Kollege Kiefer referierten über die Notwendigkeit der Organisation im allgemeinen und erwähnten, daß, wenn eine Bewegung wie die hierige zugunsten der Arbeiterschaft ausgefochten werden sollte, die Organisation notwendig sei, und daß nur da, wo die Arbeiterschaft vollständig organisiert sei, in solchen Bewegungen für die Arbeiterschaft Siege zu erringen seien. Die guten Ausführungen der beiden Redner, welche auch durch schlagende Beispiele gemulrt waren, wurden von der Versammlung mit begeistertem Beifall anerkannt. Daß die Arbeiter solches auch beherzigt hatten, bewies die große Anzahl Aufnahmen in unsere Organisation, welche darauffolgend verzeichnet werden konnten. Dies kann man auch als ein Zeichen dafür ansehen, daß die Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, sich solche Verschlechterungen bieten zu lassen, daß man auch in Süddeutschland eintritt, wie man sich einigen müsse, um für die Zukunft solchen Verschlechterungen vorzubeugen.

Bierfen. Samtweberversammlung. Im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften tagte am 9. Mai eine von unserem Verbands eüberuzene allgemeine Samtweberversammlung. Nach einer sachlichen und ausführlichen Berichterstattung durch den Kollegen Fr. Pfeß über den Verlauf der Bewegung in Krefeld wurde in der Diskussion das Vorgehen eines Teiles der Krefelder Samtweber allgemein verurteilt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Bierfener Samtweber, welche am 9. Mai 1911 im Lokale des Herrn Heutgens tagt, lehnt es entschieden ab, sich mit dem die Interessen der Arbeiter schädigenden Vorgehen eines Teiles der Krefelder Samtweber jedweder Art zu erklären. Die Versammlung verspricht, die Organisation immer mehr auszubauen und den Führern volles Vertrauen zu schenken. Die Versammlung beschließt, die Vertretung der Interessen der Bierfener Samtweber und der Arbeiter in den Nebenbetrieben selbst in die Hand zu nehmen und unabhängig von der Krefelder Bewegung zu vertreten.“

In dieser Versammlung waren auch Mitglieder aller anderen am Orte bestehenden Organisationen anwesend, trotzdem wurde die vorstehende Resolution einstimmig gefaßt.

Bierfen (Helenabrunn). Es war notwendig geworden, daß mehr Klarheit geschaffen wurde zwischen den Mitgliedern der einzelnen Bezirke und denen der ganzen Ortsgruppe. Namentlich aber dachte in der Erhebung eines Extrabeitrages, der seit 1. Jan. in unserer Ortsgruppe durchgeföhrt ist, bei den Kollegen von Helenabrunn keine Ausnahme gemacht werden. Aus diesen Gründen hatte der Hauptortsgruppenvorstand für den 14. Mai eine Versammlung des Helenabrunner Bezirks zusammengerufen. Nach einer gründlichen Aussprache zwischen den Mitgliedern und dem Hauptortsgruppenvorstand erklärten sich die Anwesenden bereit, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß auch Helenabrunn in der Erhebung der Extrabeiträge keine Ausnahme mehr mache. Nach einer Ergänzungsrede des Vorstandes wurde die in allen Teilen schon verlaufene Versammlung zu Ende geföhrt.

Die Helenabrunner Kollegen mögen für die Zukunft folgendes beherzigen: Die Verbandsversammlungen müssen besser besucht werden als bisher. Wenn unsere Mitglieder ihre Pflicht und Schuldigkeit nach dieser Richtung

tun, dann wird es für die Zukunft Nichtmitgliedern unmöglich sein, den Samen der Zwietsacht in unsere Reihen zu säen. Die Vertrauensleute müssen besser auf ihrem Posten sein und die Mitglieder zum Versammlungsbesuch anhalten. Auch müssen die Abrechnungen monatlich mit dem Unterkassierer pünktlich erfolgen. Die Vorstandsmitglieder endlich müssen miteinander und nicht gegeneinander im Interesse der Organisation arbeiten, ganz besonders bei der jetzigen Erhebung des Extrabeitrages, für Aufklärung der Mitglieder Sorge tragen und zeitig mit den Vertrauensleuten ihre Sitzungen abhalten. Für die Mitglieder des Bezirks Helenabrunn finden vom 15. Mai ab jeden Mittwoch von 1/27—1/29 Uhr Sprechstunden bei Hilgers an der Bahn statt. Dort werden auch in Zukunft die Unterstufungen ausbezahlt, nicht mehr wie bisher beim Unterkassierer.

Willich. Es gibt bei uns — anderwärts wird es auch wohl so sein — immer noch Mitglieder, die im Falle ihrer Arbeitslosigkeit den zum Bezuge unserer Unterstufung zu beachtenden Verpflichtungen nicht nachkommen. Das ist wohl meist Unkenntnis, aber mitunter auch Nachlässigkeit. In unserer Versammlung vom 7. Mai wies darauf hin, daß sich jedes arbeitslose Mitglied beim Schriftführer anmelden muß. Derselbe Kollege referierte auch über die Bedeutung des Kartells und über den Beitrag, den wir dafür entrichten müssen. Hoffentlich von guter Wirkung wird der Beschluß der Versammlung sein, recht bald ein großes Familienfest abzuhalten, das sowohl der gewerkschaftlichen Belehrung der Mitglieder als auch ihrer Unterhaltung dienen soll. Nach einer lebhaften Diskussion über mehrere wichtige Fragen wurde die Versammlung geschlossen, die besser hätte besucht sein können.

Soziale Rundschau.

Volkzählungs-Ergebnisse. Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht folgende interessante Zusammenstellung von Ergebnissen der letzten Volkszählung:

Land	Jahr	Jahr	Zunahme überhaupt in Proz.
	1900	1910	
Rußland	136,0	160,0	24,0 = 17,64
Berein. Staaten	76,3	88,5	12,2 = 15,98
Deutschland	56,4	63,9	7,5 = 13,29
Japan	44,8	49,9	5,1 = 11,38
England	41,2	45,0	3,8 = 9,22
Oester.-Ungarn	45,4	49,1	3,7 = 8,14
Spanien	32,35	34,27	1,92 = 5,93
Frankreich	38,9	39,27	0,37 = 0,95
			Durchschnitt
	zusammen 471,35	529,91	58,59 12,83

Wie man sieht, erreichten die drei ersten Länder mit Rußland an der Spitze mehr als den Durchschnitt von 12,43 Prozent, während die fünf anderen Länder unter dem Durchschnitt blieben und Frankreich noch nicht ein Prozent Bevölkerungszuwachs erfuhr.

Briefkasten.

Zurückbleiben mußten der Schlupsteil des Feuilletons, die Fortsetzung des Art. kels „Unter dem neuen Arbeiterinnenschutz“ und ein Artikel über „Lokalassen.“

Versammlungskalender.

- Barmen. 27. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Merits, Parlamentstr. 1.
- Bockolt. 28. Mai, 10 Uhr, im Arbeitervereinshaufe, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Bramsche. 4. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Berner Engder.
- Braun. 30. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Jos. Bongenberg.
- Bülfen. 28. Mai, 11 Uhr, bei Math. Hemeln, außerordentliche Generalversammlung.
- M.-Gladbach-Carrp. 28. Mai, 1/23 Uhr, bei Joh. Boms, Carrpstr. 312. Abmarsch zur Beschäftigung der Fürsorge-Anstalt Abendsahlen.
- M.-Gladbach-Cicken. 3. Juni, 8 Uhr, bei Osw. Schaefer, Mathiasstraße.
- Greifath. 28. Mai, 11 Uhr, bei Wilh. Kempges, Vorstandsförderer-Versammlung.
- Paliera. 27. Mai, 8 1/2 Uhr, Versammlung im kathol. Gesellenbunde.
- Sachsen i. W. (Baden). 1. Juni, 8 Uhr, im Lokale „Zum Eisenwerk“.
- Jugendprovinz. 28. Mai, 5 Uhr, bei D. Böll in Conzen, Generalversammlung.
- Serrach. 31. Mai, 8 Uhr, im Lokale „Zum Wilden Mann“.
- Rosdorf. 27. Mai, 1/29 Uhr, bei Gustav Dürholt.
- Soran N.-E. 31. Mai, 8 Uhr, im Restaurant „Weinberg“.
- Wärfelen. 28. Mai, nach dem Hochamte, bei Schümmer.

Verbandsbezirk Mülhausen i. E.

Der Unterzeichnete beruft auf Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale Forburger („Zum Schffel“), Schffelplatz in Colmar eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung ein: 1) Situations- und Tätigkeitsbericht des Bezirksvorsitzenden; 2) Die Lage des Verbandes und die uns zur Zeit zufallenden Aufgaben; 3) Die Reichsversicherungsordnung.

Die Ortsgruppen sind gebeten, die Delegiertenwahlen unverzüglich vorzunehmen. Die Zahl der zu entsendenden Delegierten ergibt sich aus § 40 des Verbandsstatuts.

Mit kollegialem Gruß!

Der Bezirksleiter,
Fr. Fißer.

Lokalbeamte betreffend.

Die kürzlich in dieser Zeitung ausgeschriebenen Lokalbeamtenstellen sind besetzt. Der Zentralvorstand wählte in seiner letzten Sitzung den Kollegen Rothhörl aus Friedberg (Bayern) für Augsburg, Kollegen Secke aus Emsdetten für Bocholt, Kollegen Fäßbender aus Nachen für Fortk in Lauff, Kollegen Simoné aus Mülhausen für Mülhausen.

Der Zentralvorstand spricht den übrigen Kollegen für ihre Bewerbungen seinen Dank aus.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Ferdinand Kohlen in Krefeld,
Anna Müllers in Dülken.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Zweck dieser Blätter ist es, dem Lernenden eine gründliche Kenntnis der Schrift- und Umgangssprache zu vermitteln. Die Methode führt den Lernenden auf natürlichem Wege in freier, anregender und origineller Weise zum Verständnis der fremden Sprache und bietet auch dem Fortgeschrittenen noch reichlich Gelegenheit, seine Sprachkenntnisse weiter auszubilden und zu vervollkommen. In den mit Gelehrte und gutem Geschmack bearbeiteten Gesprächen nehmen sie die gesprochene fertige Sprache zum Ausgangspunkt und wissen über eine Fülle täglicher Vorkommnisse zu belehren. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Dem modernsten Dichter ist Heft 19 der literarischen Volkswochenchrift „Die Lesef“ gewidmet. Es handelt sich um den Dänen Johannes B. Jensen, den Dichter der amerikanischen Riesenskade — den Suldiger allermodernster Maschinenkultur, deren gigantische Schönheit vielleicht er als erster vollendet zum Ausdruck gebracht. Jensen hat selbst im „Autorenspiegel“ über sich geschrieben, und diese wenigen Worte (die jeder lesen sollte, der ihn liebt) sind von einer ganz seltsamen knappen Poesie durchweht, die Kraft, Humor und Entzagen in einem Atemzug enthält. Seine Novelle „Konsum“ schließt sich an. — Mit Beethovens Briefwechsel werden die Musikerbriefe fortgesetzt, und Artur Fitzgers sein lyrische Gedichte stehen wie bunte Blumen zwischen diesen ernstgestimmten Beiträgen. Die einzige Tendenz der „Lesef“ — Vollständigkeit — dürfte in der neuesten Nummer wieder einmal schlagend zum Ausdruck gebracht sein! Probenummern jederzeit kostenlos durch die Geschäftsstelle München, Kindermarkt 10.

„Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung.“ Zweite Auflage. Von Heinrich Kaufmann, Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine (Sitz Hamburg). Verlag des Zentralverbandes.

Inhaltsverzeichnis: Genossenschaftsbewegung und politische Parteien; Forderungen der Sozialdemokratie an die Konsumgenossenschaftsbewegung; Konsumgenossenschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten; Programmatische Forderungen der Konsumgenossenschaftsbewegung; Vergleiche zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie an die Konsumgenossenschaftsbewegung und den Konsumgenossenschaftlichen Entwicklungstendenzen; Die Stellung der Sozialdemokratie zu den industriellen Arbeitgenossenschaften; Wandlungen in den Anschauungen der Sozialdemokratie über die Konsumgenossenschaftsbewegung bis zur Jahrhundertwende; Wandlungen in den sozialdemokratischen Grundanschauungen; Wandlungen in den Anschauungen der Sozialdemokratie über den Begriff Klassenkampf; Sozialdemokratische Anschauungen über die Konsumgenossenschaftsbewegung auf den Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg; Konsumgenossenschaftsbewegung und Klassenkampf; Die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung. — Die Abrechnung mit den Genossen im Reichstag. — Die neue Reichsversicherungsordnung. — Warum hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Interesse an Erstarben des Gutenberghundes? — Aus der Arbeiterbewegung: Der „schmächtige Unfall“ der „Christlichen“. — Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter. — Ohne Kompromiß kein Gesetz. — Wohnungskultur der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — Wie sie die Volksverbrüderung auflassen. — Wieder eine Stimme für die Reichsversicherungsordnung. — Der Weibfuß darf nicht still stehen. — In's richtige Licht gerückt. — Die Belastung der Industrie durch den Arbeiterschutz. — Reichseinkommensamt und Schatzmacher. — Nochmals der „deutsche“ „Dinner“. — Aus unserer Industrie: Die Ein- und Ausfuhr von Textilrohstoffen und -Fertigfabrikaten Deutschlands im Jahre 1910. — Eine Reichszentrale für die Textilindustrie. — Deutschlands Außenhandel mit Baumwollwaren. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Ahenbach. — Soesfeld. — M.-Glabdach. — Krefeld. — Säckingen. — Bericht aus den Ortsgruppen: Gronau. — Lobberich. — Säckingen. — Bierfen. — Bierfen (Helenabrunn). — Willich. — Soziale Rundschau: Volkzählungs-Ergebnisse. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.